Model United Nations Baden-Württemberg 2003

DOKUMENTATION

Wege finden

Einblick gewinnen

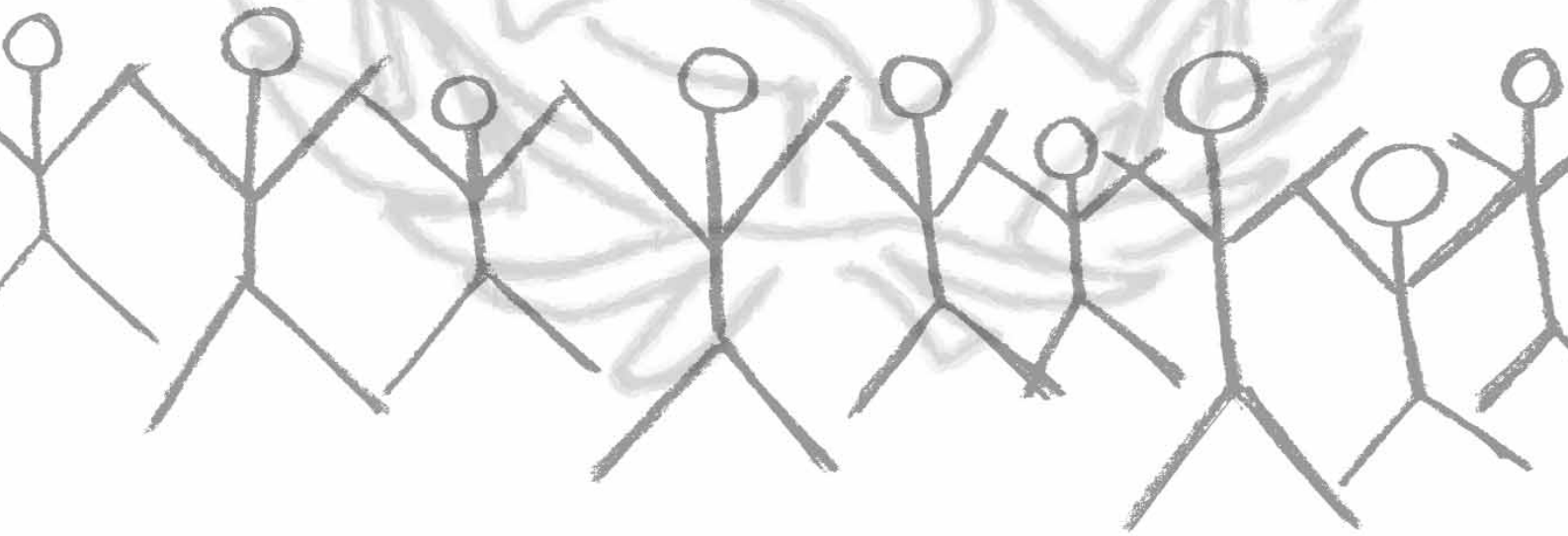
Grenzen öffnen

die Welt verändern

Neues erfahren

Veränderungen wagen

Toleranz üben



Model United Nations
Baden-Württemberg 2003

DOKUMENTATION

Wege finden

Einblick gewinnen

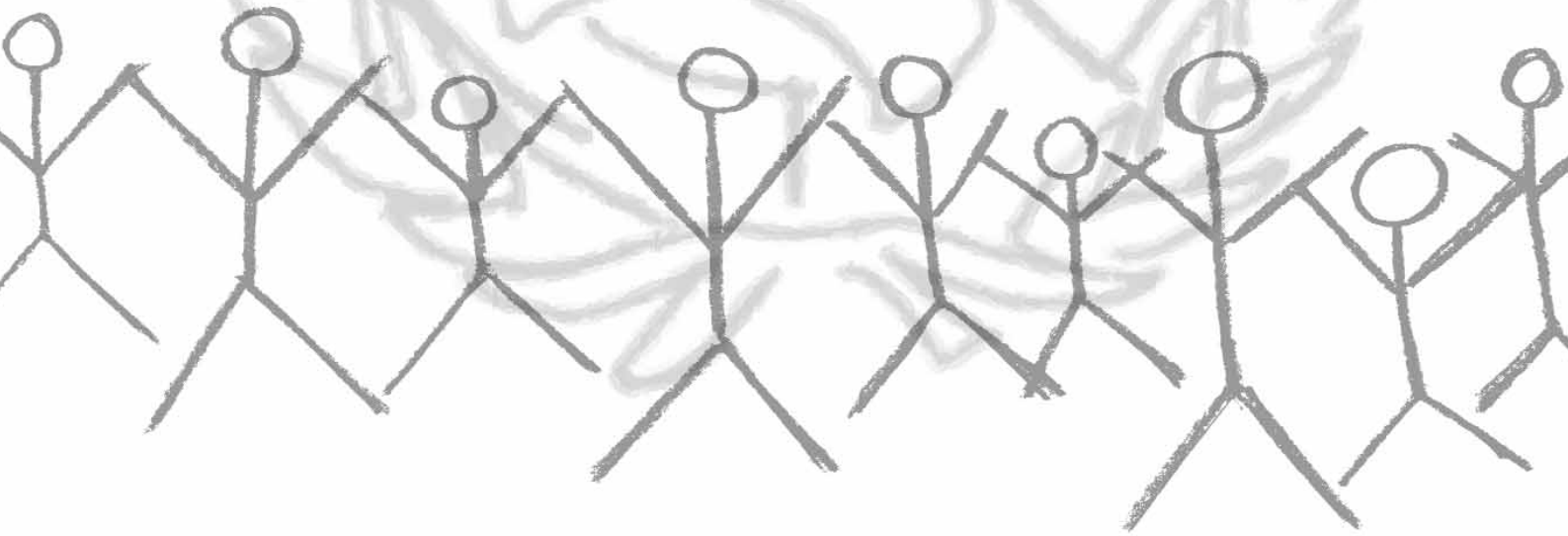
Grenzen öffnen

die Welt verändern

Neues erfahren

Veränderungen wagen

Toleranz üben



Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Grußwort des Generalsekretärs 3
Grußwort von DaimlerChrysler 4
Grußwort der Landeszentrale für politische Bildung 5
Unser Dank an die Sponsoren 6

Die Konferenz

Die Konferenz und ihre Vorbereitung 7
Die auf der Konferenz anwesenden Delegationen 8
Die Tagesordnungen der simulierten Gremien 9
Rede des Generalsekretärs zur Eröffnung 10
Die Arbeit in den Gremien
- Die Arbeit der Generalversammlung 12
- Die Sitzungen des Sicherheitsrates 16
- Der Arbeitskreis "Reform der Vereinten Nationen" 20

Verabschiedete Resolutionen (reduziert auf eine pro Gremium)
- Generalversammlung: Kinderarbeit 24
- Sicherheitsrat: Aktuelles: Krieg im Irak 25
- Wirtschafts- und Sozialrat: Protektionismus 26
- Internationaler Währungsfond: Entschuldungskonzepte für Afrika 27
- Menschenrechtskomission: Bildung als Grundbedürfnis für Entwicklung 28
- Hauptausschuss 1: (Staats-)Terrorismus 29
- Hauptausschuss 2: Fossile/regenerative Energien 30
- Sonderkomission Klima und Umwelt: Desertifikation 31

Pressestimmen auf der Konferenz 32
Die Podiumsdiskussion 36
Fotos vom Diplomatenball 38

Im Rückblick

Auswahl von Zeitungsartikeln über MUNBW 2003 40
Feedback der Teilnehmer 42
Stimmen nach der Konferenz 45
Herkunft der Teilnehmer 46
Ein MUN-Tag eines „Kom-Girls": voller Schweiß und Blasen 48

Impressum 50
Model United Nations Baden-Württemberg e.V. 51

Ehrenwerte Delegierte,

MUNBW 2003 – die diesjährige "MODEL UNITED NATIONS"-Konferenz in Stuttgart ist zu Ende. Lange und interessante Diskussionen und neue Anregungen haben vier Tage lang die Tagungsräume beherrscht. 450 Jugendliche zeigten nun zum zweiten Mal in Folge, dass politische Bildung nicht nur ein inhaltsloses Schlagwort der Politik ist, sondern Spaß macht und dazu anregt, sich mit seiner (Um-)Welt auseinanderzusetzen. Sei es einerseits das Organisationsteam, andererseits die Schüler, die in die Rolle Delegierter schlüpften - alle haben gezeigt, dass sie ihr Leben und ihre Aufgabe ernst nehmen.

Sehr geehrte Leser, mit dieser Dokumentation wollen wir Sie teilhaben lassen an der Begeisterung der Teilnehmenden und Organisatoren für das Projekt. Wir wollen Ihnen einen Eindruck verschaffen, was es für Schüler heißt, Diplomat zu sein, nur den Interessen des eigenen Staates unterworfen. Sollten Sie, solltet Ihr die Konferenz besucht haben, an ihr teilgenommen haben oder sie gar mit organisiert haben, so ist diese Dokumentation wahrscheinlich ein Teil der bleibenden Erinnerung für Euch.

Nicht persönliche Interessen standen für die Teilnehmer aus Deutschland, vielen Teilen Europas und aus Übersee im Vordergrund; vielmehr stand das Hineinversetzen in die Meinung anderer und das geschickte Präsentieren derselben im Mittelpunkt des Geschehens. Visionen und langfristige Gedankengänge, nicht auf den kurzfristigen Erfolg aus sein, sondern die vielgepriesene und vielleicht auch belächelte Nachhaltigkeit für die gesamte Weltbevölkerung umwehte die Gremien.

Auf den folgenden Seiten werden Sie die Ergebnisse der Debatten in Form von verabschiedeten Resolutionen und -entwürfen der verschiedenen Ausschüsse finden. Mit den Berichten über die Eindrücke der Teilnehmer, aber auch durch die Bilder der Konferenz und Presseberichte, die diese Dokumentation mit wirklichem Leben erfüllen sollen, wird hoffentlich der Funke der Model United Nations Baden-Württemberg auf Sie überspringen. Begegnen Sie Jugendlichen, erinnert Euch an (Mit-)Delegierte, die erkannnt haben, dass nur Menschen, die wissen, was sie verändern können, ihr eigenes Leben in die Hand nehmen.

In diesem Sinne viel Freude mit dieser Dokumentation über ein Projekt, das mir persönlich sehr viel Spaß bereitet hat und mich noch mehr daran erinnert hat, dass wir nicht alleine auf dieser Erde leben und somit eine Verpflichtung gegenüber unseren Mitmenschen haben.

Ihr

(Mathias Schallnus, Generalsekretär)

Grußwort von DaimlerChrysler

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Vereinten Nationen in New York sind – nicht zuletzt durch den Prozeß der Globalisierung - zu einer herausragenden Institution geworden. Wir bei DaimlerChrysler sind von den Vorzügen der Globalisierung uneingeschränkt überzeugt. Aber wenn wir über Globalisierung reden, müssen wir auch den Dialog mit denen suchen, die bisher nicht von den Vorteilen der Globalisierung überzeugt sind. Für diesen Dialog benötigen wir eine Plattform - die Plattform der Vereinten Nationen.

Es ist auch Teil unserer Verantwortung, vor allem junge Menschen in ihrem großen Engagement zu unterstützen, die Arbeit der Vereinten Nationen besser kennen zu lernen. Realitätsnahe Simulationen der Vereinten Nationen schaffen bei Jugendlichen Interesse und Verständnis für die komplexe Struktur der multilateralen Beziehungen. Durch die internationale Ausrichtung wird zudem die Idee der Völkerverständigung und der kulturellen Vielfalt transportiert.

Gerne haben wir daher das Projekt der MUNBW, ein Ergebnis beispielhaften Engagements von Jugendlichen für Jugendliche, als Förderer unterstützt.

Wir sind davon überzeugt, dass mit dem Model United Nations Baden-Württemberg eine hervorragende Initiative ins Leben gerufen wurde. Wir wünschen allen, die die nachfolgende Dokumentation lesen, viel Interesse und Aufgeschlossenheit.

Ihr

(Matthias Kleinert, Mitglied des Direktoriums von DaimlerChrysler mit Generalvollmacht, Leiter Politik und Außenbeziehungen)

DAIMLERCHRYSLER

Grußwort der Landeszentrale für politische Bildung

MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2003 - Eine zukunftsweisende Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung

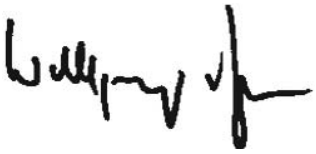
Wolfgang Berger bei seiner Rede auf dem Diplomatenball

Von Politikverdrossenheit war bei den über 350 Jugendlichen nichts zu spüren, die sich vom 2. bis zum 6. April in Stuttgart trafen. Fünf Tage und Nächte suchten Schülerinnen, Schüler und Auszubildende nach Lösungen zu anstehenden Weltproblemen. Den Rahmen dazu bot MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG, eine Simulation der Vereinten Nationen, die nach 2002 zum zweiten Mal von einem 50köpfigen Projektteam um den Initiator Johannes Schmieder vorbereitet und begleitet wurde. Unter den Teilnehmenden waren auch ausländische Delegationen deutschsprachiger Schulen, die der Einladung nach Stuttgart gefolgt sind.

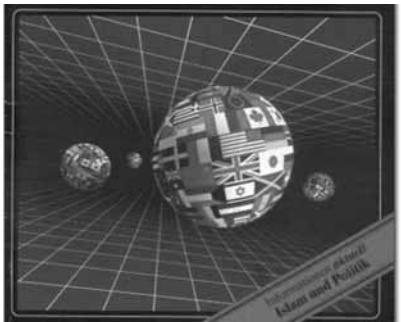
Vier Monate Zeit blieb den Teilnehmenden zur Vorbereitung. Durch intensive Recherche konnten sie sich über „ihr Land" oder andere Organisationen informieren. Aber nicht nur die politischen Interessen und Positionen der einzelnen Akteure waren wichtig. Auch die sozialen Gegebenheiten, die Geschichte und die wirtschaftliche Lage sollten bei der Bearbeitung der einzelnen Länderprofile berücksichtigt werden. Zudem galt es die zahlreichen Verfahrensregeln der Vereinten Nationen aufzugreifen, denn auf der Konferenz wurde nach strengen, diplomatischen Regeln verhandelt.

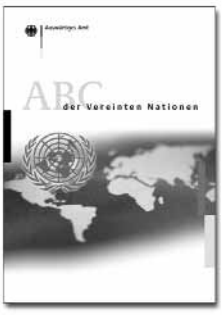
Planspiele, insbesondere in dieser Größenordnung, sind in unserer Bildungslandschaft leider keine alltägliche Praxis. Dennoch bieten Simulationen eine ausgezeichnete Möglichkeit, um unterschiedliche Interessen kennen zu lernen, nach Lösungen von Konflikten zu suchen und Entscheidungstrukturen erfahren und nachvollziehen zu können. Dass dies den Organisatoren gelungen ist, zeigt ein Fazit eines begleitenden Lehrers:„praktische internationale Politik auf einem sehr hohen Niveau".

Der Dank gilt daher den Organisatoren von Model United Nations Baden-Württemberg. Zwar ist ein solches Vorhaben ohne Sponsoren nicht denkbar. Dennoch steht die ehrenamtliche Tätigkeit der Jugendlichen im Vordergrund, die aus dem Umfeld des Bundes der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V. kommen. Es bleibt zu hoffen, dass sich erneut ein Team findet, um erneut die einjährige Vorbereitung zu dem nächsten MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG in Angriff zu nehmen: Dann MUNBW 2004.



(Wolfgang Berger, Referatsleiter "Jugend und Politik" bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)





Unser Dank an die Sponsoren

Wir bedanken uns auf dieser Seite bei den Sponsoren, Unterstützern und Förderern, ohne die MUNBW 2003 nicht stattfinden könnte. Allen voran ist die Zusammenarbeit mit unserem Hauptsponsor, der DaimlerChrysler AG, zu nennen; aber auch allen anderen, die uns mit großen und kleinen Beträgen, mit Know-how oder Ressourcen unterstützt haben, gilt unser Dank!

DaimlerChrysler AG · Jugendstiftung Baden-Württemberg · Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg · Landeszentrale für politische Bildung (LpB) · Robert-Bosch-Stiftung Stiftung · Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) · Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) · Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di) · Allianz Kulturstiftung · Jugendnetz Baden-Württemberg

Die Konferenz und ihre Vorbereitung

Die diesjähre MUNBW-Konferenz hat eine für ein solches Projekt beachtliche Resonanz der Medien hervorgerufen, und das nicht ohne Grund: politische Bildung von Jugendlichen für Jugendliche unter der griffigen Überschrift **"Schüler spielen UN"** - zu einer Zeit, in der die weltpolitische Bedeutung der Vereinten Nationen mehr denn je auf der Kippe zu stehen scheint.

Doch der Grundstein der Simulation liegt früher, vor der sprunghaft gesteigerten Auseinandersetzung der Presse mit den Vereinten Nationen im Zuge des Irak-Kriegs: Direkt nach der erfolgreichen Premiere im letzten Jahr machte sich das "alte" Team, unterstützt von vielen neuen Gesichtern, an die Arbeit, um eine weitere Konferenz im Frühjahr 2003 zu organisieren. Mit über **380 TeilnehmerInnen** - darunter ca. **40 aus dem Ausland** (u.a. aus Frankreich, Italien, Rumänien, Schweiz, Slowenien, Spanien und Venezuela) - und einem Finanzrahmen von ca. **80.000 Euro** ist die diesjährige Simulation noch einmal Größenordnung gewachsen im Vergleich zu ihrem Vorgänger.

Mittwoch, 2. April	inoffizielles Ausschusstreffen Eröffnungsveranstaltung
Donnerstag, 3. April	vier Sitzungsblöcke (zehn Stunden)
Freitag, 4. April	vier Sitzungsblöcke (zehn Stunden)
Samstag, 5. April	Podiumsdiskussion: "Globalisierung" Diskussionsgruppen festlicher Diplomatenball
Sonntag, 6. April	Feedback in den Gremien Abschlussrunde

Getragen wurde MUNBW 2003 wie schon die Vorjahreskonferenz vom **Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Baden-Württemberg e.V.**, wir möchsten uns an dieser Stelle noch einmal herzlich für die Zusammenarbeit und Unterstützung bedanken.

Die Vorbereitung war Aufgabe des fast **80-köpfigen Teams**. Unterteilt in die drei Bereiche Sekretariat (verantwortlich für die Inhalte), Organisation (Tagungsräume, Unterkünfte, Verpflegung usw.) und Öffentlichkeitsarbeit (Presse- und Sponsorenkontakte etc.) arbeiteten die Schüler, Zivildienstleistenden und Studenten auf vier großen und mehreren kleinen Vorbereitungstreffen, aber auch in vielen kleineren Schritten kontinuierlich an der Umsetzung des gemeinsamen Ziels - hunderte von eMails, unzählige Telefonate und zahllose gefahrene Kilometer in der Reisekostenabrechnung zeugen davon, wie überzeugt die vielen Helfer von "ihrem" Projekt waren...

... und auch weiterhin sind: MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2004 ist in Vorbereitung, hoffen wir auf ebenso spannende Ergebnisse!

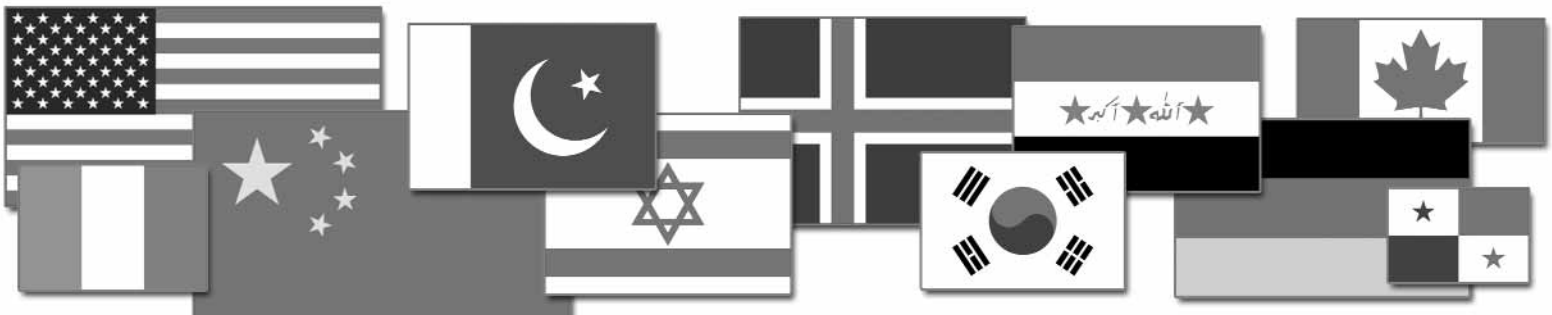
Klaas Ole Kürtz (Vorsitz des Sicherheitsrates)

Die auf der Konferenz anwesenden Delegationen

Ägypten
Andorra
Angola
Argentinien
Äthiopien
Australien
Bangladesch
Benin
Bhutan
Bolivien
Bosnien & Herzegowina
Brasilien
Bulgarien
Burkina Faso
Burundi
Costa Rica
Deutschland
El Salvador
Elfenbeinküste
Finnland
Georgien
Ghana
Griechenland
Guatemala
Guinea
Indien
Indonesien
Iran
Irland
Island
Israel
Italien
Jamaika
Japan
Jemen
Kamerun
Kanada
Kirgisistan
Kiribati
Kolumbien
DVR Korea
Republik Korea
Kroatien
Kuba
Lettland
Luxemburg
Lybien
Mali
Mauritius
Mexiko
Nepal
Neuseeland
Nicaragua
Niederlande
Nigeria
Norwegen
Österreich
Pakistan
Panama
Peru
Philippinen
Polen
Portugal
Rumänien
Russische Föderation
Saudi-Arabien
Schweden
Singapur
Republik Südafrika
Sudan
Surinam
Syrien
Tschad
Uganda
Ukraine
Ungarn
Verein. Staaten v. Amerika
Vereinigtes Königreich
Vietnam
VR China
Zimbabwe

Arabische Liga
Caritas

sowie "La Coherencia Internacional" & "St. Vincent Herald"



Die Tagesordnungen der simulierten Gremien

Generalversammlung

1. Kinderarbeit
2. Globale Bevölkerungsentwicklung

Sicherheitsrat

1. Kaschmir-Konflikt
2. Finanzquellen des internationalen Terrorismus
3. Aktuelles
4. Reform des Sicherheitsrates
5. Nahost-Konflikt

Wirtschafts- und Sozialrat

1. Protektionismus
2. Bewertung von Sanktionen
3. Fair Trade

Internationaler Währungsfond

1. Entschuldungskonzepte für Afrika
2. Südamerika-Krise
3. Kritische Betrachtung der Vorgehensweise des IWF

Menschenrechtskommission

1. Sterbehilfe
2. Die Rechte der Frauen
3. Bildung als Grundbedürfnis und Grundvoraussetzung für Entwicklung

Hauptausschuss 1 – Abrüstung und friedenssichernde Maßnahmen

1. (Staats-)Terrorismus
2. Maßnahmen zur Förderung der Abrüstung
3. Überarbeitung der Bio- und Chemiewaffenkonventionen

Hauptausschuss 2 – Wissenschaft, Wasser und Ressourcen

1. Fossile Energiequellen – regenerative Energien
2. Technologietransfer
3. Globales Süßwassermanagement

Sonderkommission Klima und Umwelt

1. Desertifikation
2. Kyoto-Protokoll
3. Abfallmanagement

Arbeitskreis UN-Reform

1. Reform des Sicherheitsrates
2. Kompetenzerweiterung der UN

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

Entwicklungs- als auch Wirtschaftspolitik. Diese sollte und darf nicht in den Hintergrund der allgemein vorherrschenden Kriegsangst geraten.

78% der Weltbevölkerung leiden unter Mangelernährung und der Verletzung ihrer Menschenrechte, auch ohne jeglichen Einfluss einer kriegerischen Auseinandersetzung am Golf. Auch diese Menschen haben einen Anspruch auf Beachtung, auch wenn sie von der Tagespresse gerade nicht so ernstgenommen werden und die „Täter" sich unbeobachtet fühlen, sei es in Palästina, oder auch in den Industriestaaten.

In der Vergangenheit legten die Vereinten Nationen großen Wert auf eine ausgewogene Politik unter Berücksichtigung der gesamten Weltbevölkerung; nicht nur auf die Menschen, die gerade im Fokus der Weltöffentlichkeit waren. Programme wie das UNDP, aber auch die UNESCO und weniger bekannt, das OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) und die FAO (Food and Agriculture Organization of the UN) arbeiteten kontinuierlich ungeachtet jeder Krise.

Zugleich bietet jedoch eine Krise, wie sie sich zurzeit am Golf ereignet, Chancen, neue Impulse zu setzen und damit sicherzugehen, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholen wird.

Während der kommenden Sitzungsperiode stehen Sie, Ehrwürdige Delegierte, in der Pflicht, den bereits gestarteten Programmen der Vereinten Nationen mehr Gewicht zu verleihen oder neue zu initiieren. Als Teilnehmer des Arbeitskreises Reformen haben Sie sogar die Möglichkeit, die Strukturen unserer Organisation in soweit zu verändern, dass sie den aktuellen Gegebenheiten noch besser Rechnung tragen. Machen Sie also die UNO zu Ihrer UNO! Die Delegierten der anderen Gremien, sei es der großen bekannten oder auch der kleineren, spezialisierten nutzen die bestehenden Strukturen, um ihr Ziele zu erreichen. (…) Sie werden entscheiden, ob die Weltbevölkerung gemeinsam einen Schritt in eine bessere, lebenswertere Zukunft machen kann. (…) Um Erich Kästner zu zitieren: „Es gibt nichts Gutes - außer man tut es".

Packen Sie es an, nehmen Sie die persönliche Herausforderung an und erkennen Sie, dass die sicher anstrengenden, langwierigen und manchmal auch nervenden Debatten letztendlich zu einem Ziel führen – zu einem Ziel, das Sie, ehrwürdige Delegierte maßgeblich mitgestalten können, müssen und auch werden. (…) Zeigen Sie, dass Ihre Nationen bereit und in der Lage sind, verantwortungsvoll mit der Zukunft umzugehen, zeigen Sie, dass diese Welt auf Dauer von einem gemeinsamen Ziel beherrscht wird, der Sorge um menschliche Lebensbedingungen und Frieden für alle Menschen dieser Erde. (…)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche, arbeitsreiche und erfüllende Konferenzwoche in Stuttgart. Ich danke Ihnen.

Mathias Schallnus (Generalsekretär)

WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN - FEST ENTSCHLOSSEN,

künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,

unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen,

Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

UND FÜR DIESE ZWECKE

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern -

HABEN BESCHLOSSEN, IN UNSEREM BEMÜHEN UM DIE ERREICHUNG DIESER ZIELE ZUSAMMENZUWIRKEN.

Die Arbeit der Generalversammlung

Unter den wachsamen Augen der Presse begann die diesjährige Generalversammlung ihre Sitzung - symbolisch für die große Aufmerksamkeit, die diesem wichtigen Gremium zukommt, tänzelten Vertreter der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ständig durch den Raum. Doch trotz dieser und anderer Unwägbarkeiten konnten sich die 85 Delegierten aus den Nationen und den NGOs dieser Welt auf ihre Arbeit konzentrieren, denn immerhin standen auf der Tagesordnung die wichtigen Punkte Kinderarbeit und globale Bevölkerungsentwicklung.

Die Sonderrolle der Generalversammlung

Die Arbeit in der Generalversammlung unterscheidet sich jedoch von der in anderen Gremien: Denn neben der eigenen Tagesordnung und den daraus resultierenden Resolutionsentwürfen muss sie sich auch mit den von allen Gremien verabschiedeten Resolutionen befassen - die Diplomaten des größten Gremiums bedürfen also eines starkes Nervenkostüms.

mit 85 Delegierten das Größte Gremium bei MUNBW 03: die Generalversammlung

Die thematischen Sprünge zwischen dem eigenen, lang diskutierten Thema Kinderarbeit und den hereinkommenden Themen - z. B. Desertifikation oder Kyoto-Protokoll - waren nicht einfach. Doch Die Fragen und Debatten zeigten, dass die teilnehmenden Delegationen in der Lage waren, schnell auf neue Sachverhalte einzugehen und sich in die Arbeit der Gremien hineinzuversetzen. Ihrer eigenen Verantwortung durchaus bewusst hat die Generalversammlung keine Resolution aus einem anderen Gremium abgelehnt. Dies ist eine Anerkennung und Achtung der Arbeit dieser Gremien. In konstruktiver Weise wurden drei Resolutionen zur Überarbeitung in die einbringenden Gremien zurück geschickt, um kleine Nachbesserungen vorzunehmen. So konnten die inhaltlich auf Zustimmung treffenden Resolutionsentwürfe nochmals nachgeschliffen und dann von der Generalversammlung verabschiedet werden.

Tagesordnungspunkt Kinderarbeit

Am spannendsten war jedoch die Arbeit am eigenen Tagesordnungspunkt Kinderarbeit, der auch der einzige bleiben würde. Hier mussten viele Delegierte und

auch der Vorsitz Ausdauer, Geduld und Verhandlungsgeschick beweisen. Nach einer guten generellen Debatte, die durch die Russische Förderation eröffnet wurde, wurden nach zwei Lobbyingphasen die Arbeitspapiere mit den meisten Unterschriften ermittelt. Mit 31 Unterschriften wurde der Resolutionsentwurf von Kenia in enger Zusammenarbeit mit der Elfenbeinküste eingebracht, mit 28 Unterschriften der Resolutionsentwurf von Finnland und mit 24 Unterschriften der Resolutionsentwurf von Mali.

Die Vorsitzenden der Generalversammlung: Patrick Ullrich, Benjamin Schmidt, Sascha Reebs (unten v.l.n.r.)

Obwohl jede Delegation (außer der Caritas) Arbeitspapiere unterstützen konnte und somit insgesamt 84 x 3 = 252 Unterschriften möglich gewesen wären, kamen insgesamt nur ca. 150 Unterschriften zusammen, so dass die drei Arbeitspapiere mit den meisten Unterstützern jeweils einen relativ niedrigen Rückhalt im Gremium hatten. Die darin ausgedrückt tiefe Spaltung der Delegierten der Generalversammlung kam in der späteren Debatte sehr stark zum Ausdruck. Offenbar war bei der Vorbereitung der Arbeitspapiere keine große Kooperation erfolgt.

Im Zuge der Debatte kamen die großen Gegensätze in den Haltungen der verschiedenen Nationen zum Ausdruck. Der Einbringerstaat des Resolutionsentwurfs mit den meisten Unterstützern, Kenia, sah sich im Verlauf der Debatte einer wachsenden Opposition gegenüber. Ein Antrag auf vorgezogene Abstimmung über den Resolutionsentwurf, der jegliche weitere Diskussion über den Entwurf unterbindet und üblicherweise bei Resolutionen mit sehr großer Unterstützung das Prozedere beschleunigt, führte hier zu einer vorgezogenen Abstimmung - überraschenderweise wurde dabei jedoch die Resolution mit der ehemals größten Unterstützung im Gremium mit großer Mehrheit abgelehnt.

Krieg und Frieden

Dies führte zu einer gewissen Verwirrung von Seiten verschiedener Delegationen. Vor allem die Delegation aus Kenia reagierte mit einer Kriegserklärung an die größte Gegenrednerin, die Russische Föderation. Durch eine Sondermeldung der Presse über die realen und die angeblichen Geschehnisse in der Generalversammlung wurde die Situation noch unüberschaubarer, für den Zeitraum einer Kaffeepause stand die Welt am Abgrunde von zwei weiteren Kriegen, neben den im Irak und in Afghanistan noch andauernden Kämpfen.

Doch nach intensiven Gesprächen bei Kaffee und Kuchen zwischen den bedrohten und bedrohenden Delegationen, der Presse, dem Vorsitz, dem Generalsekretär, dem Sicherheitspersonal, Delegierten des Sicherheitsrates und der Projektleitung hörte im folgenden Sitzungsblock eine Zurücknahme der Kriegserklärung und Entschuldigung an das Gremium von Seiten Kenias, eine Stellungnahme Russlands sowie die Klarstellung von Kroatien und Surinam über das Missverständnis des angeblichen Krieges zwischen ihnen beiden.

der Delegierte der Elfenbeinküste in der Generalversammlung, Patrik Klenk

In der Generalversammlung ging es also hoch her - da war es von Vorteil, dass einige aufmerksame Delegierte immer wieder mal eine Schweigeminute beantragten, um der Opfer der verschiedenen Kriege auf verschiedenen Erdteilen zu gedenken. Diese sehr sozialen und durchaus auch eigenkritischen Anträge ließen dieses wichtige und um das Wohl der Weltgemeinschaft besorgte Gremium letzten Endes noch in einer Schweigeminute aller Opfer der letzten 1.500 Jahre gedenken - eine Geste, die durch den Generalsekretär in besonderer Form lobend herausgestellt wurde.

Tagesordnungspunkt Kinderarbeit - ein zweiter Versuch

Im weiteren Verlauf der Sitzung befasste man sich nun mit der Resolution von Finnland. Diese hatte zwar eine ebenfalls breite Zustimmung gefunden, die jedoch offenbar nicht ausreichte: Im Verlauf der allgemeinen Debatte über diesen Resolutionsentwurf wurden für die 12 operativen Absätze insgesamt über 20 Änderungsanträge gestellt - inklusive einem Änderungsantrag von Syrien mit einem Umfang von anderthalb Seiten.

Eine souveräne Rede vor so großem, gut informierten Publikum erfordert Übung und rhetorisches Geschick.

Nach langer Debatte und zermürbenden Einzelverhandlungen in verschiedenen Sitzungsunterbrechungen und Lobbyingphasen kamen die Delegierten der sich abzeichnenden Lager zu ihren jeweiligen Entscheidungen. In einer Debatte, die zwei Schritte vor und zwei zurück ging, wurde diese Resolution weiterhin behandelt und debattiert – und der weitreichende Änderungsantrag von Syrien wurde angenommen. Da der neu eingefügte Absatz jedoch mit anderen operativen Absätzen kollidierte, wurde - in der Hoffnung, eine bessere Lösung zu finden - der Antrag gestellt, vorzeitig über diese Resolution abzustimmen: Auch dieser Resolutionsentwurf wurde abgelehnt.

Wiederum kam Verwirrung auf - einige Delegierte waren sich anscheinend der Konsequenzen ihrer Handlunge nicht bewusst, obwohl insbesondere in der Generalversammlung äußerste Aufmerksamkeit geboten ist. Nach der Mittagspause am letzten Sitzungstag stand eigentlich der letzte Resolutionsentwurf zum Thema Kinderarbeit zur Debatte, doch als Ergebnis der Lobbyingarbeit bei Essen zog Mali seinen Resolutionsentwurf.

Nun konnte eine neue Resolution eingebracht werden, in den verschiedenen Pausen arbeiteten mehreren Nationen in enger Kooperation eine Resolution aus, die letztendlich von 68 Delegationen unterstützt und somit noch behandelt wurde.

Standesgemäß tagte die Generalversammlung im Großen Saal im DGB-Haus in Stuttgart.

Resolutionen aus anderen Gremien

Zuvor musste die Generalversammlung sich jedoch in den Tagungsblöcken am Nachmittag und Abend mit den Resolutionen der anderen Gremien befassen, einige von ihnen konnte die Generalversammlung jedoch aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandeln. Gewissenhaft und verantwortungsvoll gingen die Delegierten mit der ihnen erteilten Macht um, weder der Zeitdruck, die Entführung der Friedenstaube von MUNBW, das Auftauchen einer Schlange vor den Diplomatentoiletten der Damen noch die Wechselwirkung der Fenster konnten die Delegierten aus der Konzentration bringen.

Somit konnte die Generalversammlung in den letzten 30 Minuten der Sitzungszeit doch noch die Resolution zum Thema Kinderarbeit verabschiedet werden – Herzlichen Glückwunsch!

Patrick Ulrich (Vorsitz der Generalversammlung)

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

Die Finanzquellen des internationalen Terrorismus

Auch das zweite Thema, die Finanzquellen des internationalen Terrorismus, konnte auf der Grundlage einer Resolution von China, Singapur und Kolumbien schnell beendet werden, nachdem ein Versuch Großbritanniens und der USA, den Irak-Krieg mittels einer von Großbritannien entworfenen Resolution zu legitimieren und sogar UNO-Streitkräfte zur Unterstützung der Alliierten einzusetzen, nach heftigen Diskussionen abgeschmettert worden war.

Aktuelles - Krieg im Irak

Nach zähen Verhandlungen kam es oft zu fast einstimmigen Ergebnissen

Aus aktuellem Anlass, nämlich der militärischen Erfolge der Alliierten im Irak, wurde beschlossen, das Thema „Irak-Konflikt“ vorzuziehen. Wir hatten die Möglichkeit, uns über Zeitungen informieren und bekamen sogar vom wissenschaftlichen Dienst Bericht über die aktuelle Lage am Golf. Mir tat währenddessen nur der irakische Gastredner leid, der deswegen Ewigkeiten auf seinen Auftritt warten musste. Überhaupt waren Gastredner zwar eine gute Abwechslung, teilweise sehr hilfreich und brachten einen Hauch „echten Sicherheitsrat“ in unseren kleinen Raum, aber meistens waren sie verständlicherweise nicht besonders gut vorbereitet auf das Thema, über das sie jetzt quasi als „Experten“ Auskunft geben sollten.

In der Irak-Debatte kam es natürlich zu den heftigsten Streitigkeiten. Einmal blieben sogar nach Ausrufung einer Lobbyingphase alle in ihren Rollen und schrieen sich erbost an.

Normalerweise dagegen wurde in einer Lobbyingphase schnell aufs „Du“ gewechselt, man machte Scherzchen, erklärte sich zum Beispiel den Krieg, usw. Das führte natürlich dazu, dass manche Debatten direkt nach einer Lobbyingphase sehr unprofessionell waren, allerdings verlor sich das meist nach einer gewissen Zeit.

Am Donnerstag wurde noch in einer halben Stunde von fast allen Ländern außer den USA und Großbritannien zusammen eine Resolution zum Irak-Krieg entworfen, welche zwar nur schnelle Hilfe für die irakische Zivilbevölkerung sowie den Aufbau eines demokratischen Iraks unter Aufsicht der UN nach Beendigung des Krieges zum Ziel hatte, jedoch trotzdem genügend Konfliktstoff barg, bevor sie endlich verabschiedet

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

Das Feedback im Sicherheitsrat am Sonntag Vormittag habe ich leider nicht selber miterlebt, da ich mich in Stuttgart verirrt hatte, jedoch habe ich von den meisten Delegierten persönlich erfahren, dass es ihnen genau so gut gefallen hat wie mir:

Es war einfach genial und die Delegierten im Sicherheitsrat waren sehr gut vorbereitet, so dass die Debatten recht realistisch ablaufen konnten – auch wenn wir uns nach einer gewissen Zeit, in der sinnlos debattiert wurde, meistens aus Unlust kompromissbereiter zeigten als eigentlich realistisch – jedoch wurden wir auf diese Weise zum produktivsten Gremium bei MUNBW 2003 und haben sozusagen den „besseren" Sicherheitsrat dargestellt, der mit etwas mehr Kompromissbereitschaft seitens der in ihm vertretenen Länder viel handlungsfähiger wäre. Außerdem stimmte einfach, wie schon erwähnt, die Atmosphäre im Sicherheitsrat und man bekam tolle Einblicke in die Arbeit der Vereinten Nationen und wer in ihnen das Sagen hat.

intensive Besprechungen in den sogenannten Lobbying-Pausen

Für mich persönlich steht fest, dass ich bei MUNBW 2004 auf jeden Fall wieder dabei sein werde, aber nur im Sicherheitsrat!

Beatrix Massig (Delegierte Chinas im Sicherheitsrat)

Der Arbeitskreis "Reform der Vereinten Nationen"

Der „Arbeitskreis UN-Reform", von einigen auch als „Zukunftswerkstatt" bezeichnet, hatte bei den Model United Nations Baden-Württemberg 2003 eine der schwierigsten Aufgaben der Konferenz. Während in den anderen Gremien die Delegierten als Vertreter eines Landes versuchten, ihre Interessen durchzusetzen, Bündnisse zu schmieden und die entstehenden Resolutionen entsprechen ihren Wünschen zu beeinflussen, waren die Teilnehmer des Reformgremiums angetreten, um das gesamte System der Vereinten Nationen von Grund auf zu hinterfragen. Gefragt waren nicht nur profunde Kenntnisse der einzelnen unterschiedlichen Organe sondern auch ein Verständnis für die Zusammenhänge dieser untereinander und generell über das Umfeld, in dem die Vereinten Nationen sich bewegen.

Die Arbeitsweise der Zukunftswerkstatt

Wir als Vorsitzende wollten möglichst keine Denkrichtung vorgeben und hatten vorgesehen, die Teilnehmer selbst die Schwerpunkte der Diskussion setzen zu lassen. Eine Tagesordnung als Diskussionsleitfaden erachteten wir aber bei einem solch weitem Feld als essentiell, hätte es doch sonst wahrscheinlich eine zu allgemeine und weitläufige Debatte gegeben, ohne dann letztlich konkrete Ergebnisse vorweisen zu können. Gerade die Ausformulierung von Thesen oder Vorschlägen war jedoch anvisiertes Ziel - die Ergebnisse sollten schließlich in den anderen Gremien sowie der Zeitung der Konferenz präsentiert werden. Die Teilnehmer waren daher im Vorfeld dazu angehalten worden, eine Liste von Punkten zu jedem Thema auszuarbeiten und damit einen Rahmen für die Diskussion zu schaffen. Als vier große Themenbereiche hatten wir im Vorfeld den Sicherheitsrat, den Internationalen Währungsfond, den Internationalen Strafgerichtshof und die Kompetenzen der UN festgelegt. Die von den Teilnehmern zu diesen Themenkomplexen herausgearbeiteten Problempunkte gruppierten bzw. ordneten wir, ohne jedoch inhaltliche Aspekte zu verändern. Damit hatten wir für jedes Thema eine fünf bis acht Punkte umfassende Mängelliste, welche uns das systematische Vorgehen in der Diskussion erleichtern sollte.

Die Mängellisten wurden dann jeweils vor der Diskussion mit den Teilnehmern durchgegangen; anhand von Änderungsanträgen konnten bestehende Punkte umbenannt oder gestrichen sowie neue Punkte hinzugefügt werden, über jeden Punkt der Liste wurde abgestimmt; so konnte das Gremium Reihenfolge und Schwerpunkte der späteren Debatte selbst festlegen. Im nächsten Schritt formulierten die Teilnehmer in einer allgemeinen Diskussionsrunde ihre verschiedenen Ansichten zu den Mängelpunkten. Es konnte hervorgehoben werden, warum ein Punkt wichtig sei oder welche Aspekte eines Problems besondere Beachtung finden sollten. Auch wurden hier bereits Vorschläge für Lösungsansätze gemacht oder bestimmte Richtungen skizziert; es

bildete sich dabei eine gemeinsame Wissensgrundlage für die anschließende Arbeit heraus. Das Gremium wurde nun in kleine Arbeitsgruppen eingeteilt, welche vier bis fünf Teilnehmer umfassten und sich bei jedem Thema unterschiedlich zusammensetzten. Ähnlich den Lobbying-Phasen in anderen Gremien gab es an dieser Stelle einen Ausstieg aus dem bis dahin formellen Rahmen und damit den nötigen Freiraum, um ungezwungen und in gemeinsamer Arbeit an den eigenen Standpunkten und Vorschlägen feilen zu können.

Nach dieser kreativen Phase wurden die einzelnen Vorschläge von der entsprechenden Arbeitsgruppe präsentiert und der Lösungsansatz dann im ganzen Gremium diskutiert. Die Delegierten konnten auch hier Änderungsanträge einreichen, um bestimmte Formulierung oder inhaltliche Gesichtspunkte zu ändern, so manifestierte sich der Willen des gesamten Gremiums. Es entstand damit Stück für Stück ein Reformpapier zum behandelten Thema, in das alle Ideen und Vorschläge des Arbeitskreises mit eingeflossen waren. Am Ende stand die Verabschiedung des gesamten Reformpapiers.

Der Generalsekretär zu Gast im Reform-Gremium

Die Reform des Sicherheitsrates

Inhaltlich gestalteten sich die Ergebnisse des Arbeitskreises äußerst interessant. Wie wohl auch in einer Expertenkommission der Vereinten Nationen schwankten unsere Spezialisten stets zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Es erwies sich als ganz und gar nicht einfach, den Balanceakt zwischen einem visionärem Reformvorschlag und der stets einsetzenden pragmatischen Ernüchterung zu meistern. „So etwas stimmen die doch sowieso nie zu“, hörte man regelmäßig als ein Gegenargument bei zu weitreichend anmutenden Vorschlägen zur Reform des Sicherheitsrates. Die Teilnehmer waren sich bewusst, dass nicht für den Papierkorb gearbeitet wurde, die Reformpapiere sollten schließlich in den betreffenden Gremien präsentiert werden. Gerade beim Sicherheitsrat kam in Hinblick auf die ständigen Mitglieder und der Möglichkeit der Blockade durch ein Veto ein fein nuanciertes Reformpapier zustande. Der Sicherheitsrat sollte unter regionalen Aspekten erweitert werden, eine auch in der reellen aktuellen Diskussion gängige Formel. Die Privilegien der ständigen Mitglieder sollten so gut wie nicht beschnitten werden, einzige Änderung war die wirklich gut durchdachte geringfügige Einschränkung durch die Möglichkeit einer Überstimmung bei einer Einstimmigkeit aller anderen Sicherheitsratsmitglieder gegen ein ständiges Mitglied. Es wäre eine kleine, wenn auch wirkungsvolle Bresche in die Festung der Blockadepolitik geschlagen worden. Das

Reformpapier war vom Arbeitskreis einstimmig verabschiedet und anschließend im Sicherheitsrat präsentiert worden. Wie nicht anders zu erwarten, stimmten alle fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder gegen einen solchen Vorschlag. Die Enttäuschung der Experten unseres Gremiums über eine mangelnde Kompromissfähigkeit dieser einseitigen Macht- und Realpolitik äußerte sich beim Vortrag des französischen Delegierten in unserem Arbeitskreis. Der Ausspruch, der Sicherheitsrat werde auch ohne eine Beschneidung der Privilegien der ständigen Mitglieder weiterhin effizient und zielgerichtet für Sicherheit und Frieden auf Erden arbeiten, wurde mit spöttischem Gelächter bedacht.

Die Kompetenzen der Vereinten Nationen

Der zweite große Themenblock befasste sich mit der grundlegenden Frage nach den Kompetenzen der Vereinten Nationen. Welche Aufgabenfelder kann die UN nur mangelhaft bewältigen, welche sind neu dazugekommen, welche Prioritäten sollten verändert oder neu gesetzt werden, wie lässt sich die Arbeit besser und effizienter gestalten? Die geplante Vorstellung der Ergebnisse in der Generalversammlung musste aus Zeitgründen leider entfallen.

Das verabschiedete Reformpapier behandelte fünf Themen, die hauptsächlich in fünf Arbeitsgruppen erarbeitet wurden. Der Arbeitskreis forderte, dass Nichtregierungsorganisationen stärker in die Arbeit der Vereinten Nationen eingebunden werden sollen: Durch ein Antragsrecht in allen Organen der UN soll das Fachwissen dieser Organisationen besser genutzt werden. Beim Problembereich der Bürokratie herrschte Einigkeit unter den Teilnehmern, den vom amtierenden Generalsekretär begonnen Entbürokratisierungsprozess einhellig zu begrüßen und eine Fortsetzung dieses Kurses zu empfehlen.

Im Hinblick auf die neuen Aufgabenfelder lassen sich besonders zwei Ergebnisse festhalten: Einerseits entwickelte der Arbeitskreis Pläne für einen Umweltrat, der die globale Arbeit im Bereich der Umweltpolitik koordinieren soll. Andererseits wurden, gerade im aktuellen Kontext, Ideen formuliert, die Vereinten Nationen stärker auf die Arbeit am sogenannten „Nation-Building“ einzustellen. Ein an das Sekretariat angegliederter Ausschuss soll unter Leitung eines Unter-Generalsekretärs und mit einem Team aus von den Mitgliedsstaaten gestellten Spezialisten politisch neutral den Wiederaufbau von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vom Krieg verwüsteter Länder gestalten. Die bereits bestehenden Regelungen seien zu kompliziert, zu ineffizient und vor allem zu inflexibel, um der globalen Lage gerecht zu werden.

Zum Punkt der Verbindlichkeit von UN-Beschlüssen und Resolutionen richtete der Arbeitskreis ein Appell an die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, den Geist der Charta zu achten und sich für eine breite Akzeptanz der internationalen Vertragswerke

einzusetzen. Speziell wurde hier auf die positive Entwicklung der Einsetzung eines Internationalen Strafgerichtshofes hingewiesen.

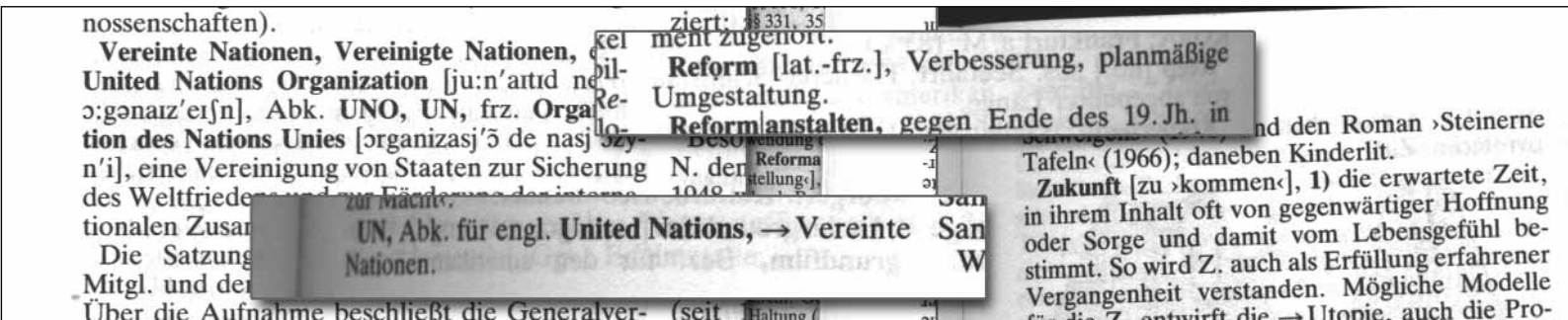
Selbstverständlich thematisierten die Teilnehmer auch die finanziellen Schwierigkeiten der Vereinten Nationen. Eingehend wurde hier die Idee der Tobin-Steuer behandelt, man einigte sich jedoch vorerst nur auf die Empfehlung, ein solches Konzept im Auge zu behalten. Als konkreten Vorschlag erarbeitete der Arbeitskreis eine mögliche Besteuerung von Rüstungsausgaben. Der Wehretat der Mitgliedsstaaten soll pauschal besteuert werden und damit vor allen die wohlhabenden Staaten mit ihren überdurchschnittlich hohen Rüstungsausgaben ihrer Verantwortung bewusst machen. Die zusätzlichen Mittel könnten dann wiederum für friedenssichernde Maßnahmen eingesetzt werden. Das gesamte Reformpapier wurde wiederum vom Arbeitskreis einstimmig verabschiedet.

Vorsitz des Reform-AKs: Johannes Kucher und Niko Switek

Die spannende und intensive Diskussion gestaltete sich weitaus ausführlicher, als wir dies im Vorfeld angenommen hatten. Wir wollten keinesfalls diese produktive Arbeit unterbrechen oder beschneiden, daher fielen letztlich die zwei zusätzlich anvisierten Themen Internationaler Währungsfond und Internationaler Strafgerichtshof weg. Die zwei durchdachten und gelungenen Reformpapiere geben dieser Entscheidung aber wohl Recht.

Die Arbeit in diesem Gremium hat deutlich gemacht, wie komplex das System der Vereinten Nationen in den über fünfzig Jahren ihres Bestehens geworden ist. Eine Reform ist notwendig geworden, heute mehr denn je. Doch die Fragen, wie eine solche Reform anzugehen ist, wie sie durchgesetzt werden soll und wie ihre Auswirkungen sein könnten, sind mit weitaus weniger Eindeutigkeit und Sicherheit zu beantworten. Letztlich können die Antworten aber nur in der eingehend Beschäftigung mit dieser Thematik gefunden werden und dazu hat dieser Arbeitskreis sicher einen wichtigen Beitrag zur Konferenz geleistet.

Niko Switek (Vorsitz Arbeitskreis UN-Reform)



ORGAN: GENERALVERSAMMLUNG

THEMA: KINDERARBEIT

VERFASSER: SYRIEN

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

betonend den unterschied zwischen Arbeit, die den Kindern den Schulbesuch nicht ermöglicht, oder das körperliche, geistige, soziale oder moralische Wohl schädigt und Arbeit, die den Kindern beibringt, Verantwortung zu übernehmen, oder der Entwicklung der Kinder in anderer Weise förderlich ist,

kritisierend die engstirnige, die jeweiligen nationalen Realitäten nicht berücksichtigt, Pauschalforderung nach Abschaffung der Kinderarbeit,

anerkennend die bisherigen internationalen Bemühungen zur Vermeidung und Abschaffung der Kinderarbeit,

beseelt von der Idee, Kinderarbeit vollständig und für alle gleich abzuschaffen und jedem Kind eine Schulbildung zu gewährleisten,

in Kenntnis der Resolution 01 der Generalversammlung zum Thema Menschenrechte,

1. fordert die Einrichtung eines Gremiums, bestehend aus der beschlussfähigen Gruppe um UNICEF und UNESCO unter dem Vorsitz des Generalsekretärs mit Vetorecht und unter Hinzunahmen 3 rotierender Delegierter der von der Kompetenz des Gremiums betroffenen Staaten und 2 rotierender Delegierter der G-8-Staaten mit jeweils beratender Funktion, mit folgenden Kompetenzen:

    a) die Armut als Hauptursache für Kinderarbeit und Ausnutzung zu bekämpfen;

    b) kostenlose schulische Bildung zu gewährleisten, gemäß der Resolution 01 der Generalversammlung zum Thema Menschenrechte;

    c) Kriminalität und Prostitution zu verhindern und zusammen mit den betroffenen Staaten Maßnahmen dazu zu finden;

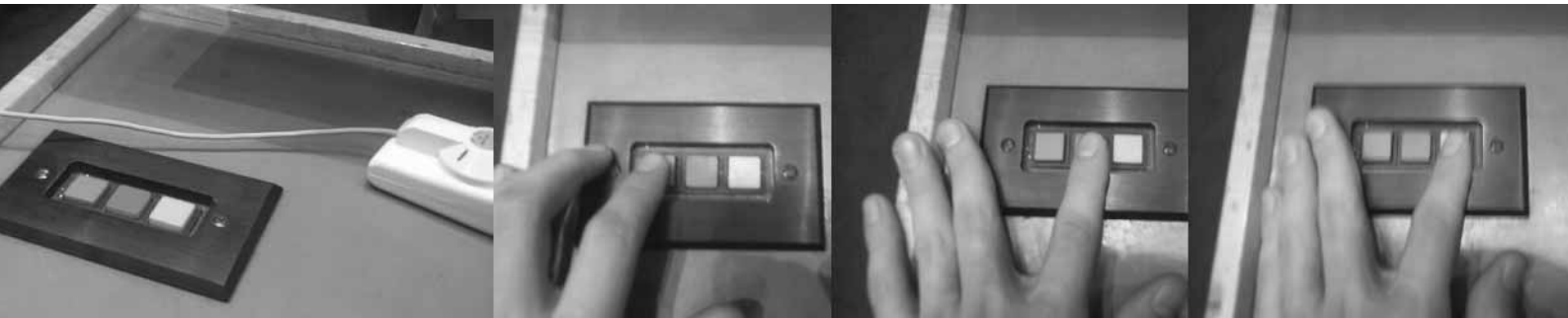
    d) einen fairen Welthandel zu gewährleisten, um Armut und Verschuldung gemäß 1.a) zu bekämpfen;

    e) Richtlinien zur Bekämpfung von Kinderarbeit und Kinderprostitution festzulegen;

    f) die Verwendung der zugeteilten Hilfsgelder nach vereinbarten Richtlinien zu kontrollieren und bei:

        i. unvereinbarter und oder unsachgemäßer Verwendung werden die Hilfsgelder durch das Gremium zurückgezogen und nach eigenem Ermessen investiert;
        ii. besonders effektiver Verwendung können die Hilfsbezüge aufgestockt werden;
        iii. die jeweilige Situation wird durch das beschlussfähige Gremium festgestellt;

    g) Finanzierung zu 1/3 von Großkonzernen und zu 2/3 von den Mitgliedern der UN, anteilig am BIP, ermittelt durch den IWF.



ORGAN: SICHERHEITSRAT

THEMA: AKTUELLES (IRAK)

VERFASSER: FRANKREICH, GUINEA, IRLAND, KAMERUN, KOLUMBIEN, MAURITIUS, RUSSISCHE FÖDERATION, SINGAPUR, SYRIEN, VR CHINA

DER SICHERHEITSRAT,

erinnernd an die Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen;

tief bestürzt über die humanitäre Situation der irakischen Zivilbevölkerung;

zutiefst beunruhigt über die akuelle Weltsituation;

bewusst über seine Verantwortung,

im Glaube, dass diese Problematik nur gemeinsam von den Vereinten Nationen gelöst werden kann,

in Hoffnung auf dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region,

entschlossen, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe zu leisten,

betonend seine Autorität in allen Fragen des Weltfrieden und der Internationalen Sicherheit,

1. fordert die Wahl einer demokratischen Regierung unter Aufsicht der Vereinten Nationen nach Beendigung des Krieges und den daraus resultierenden Konsequenzen;

2. betont das Recht der irakischen Bevölkerung auf die Einhaltung der Menschenrechte und verurteilt die Verletzungen der Menschenrechte in den letzten Jahren durch das irakische Regime;

3. verurteilt zudem die Verletzung zahlreicher Resolutionen des Sicherheitsrates in den Jahren 1991 bis 2001 durch den Irak;

4. bedauert die mehrmaligen Unstimmigkeiten der Weltgemeinschaft in Bezug auf die Irak-Problematik und hofft auf ein Zukünftiges effektiveres Handeln der UNO;

5. unterstreicht die Notwendigkeit, dass alle Bevölkerungsgruppen des Iraks an einer Nachkriegs-Lösung gerecht beteiligt werden;

6. beschließt, den Wiederaufbau des Iraks unter die Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen;

7. bekräftigt seine Entschlossenheit, dass die territoriale Integrität des Iraks gewahrt bleiben muss;

8. fordert sämtliche Parteien auf, an der Umsetzung dieses Beschlusses förderlich und ihren Verpflichtungen angemessen mitzuwirken;

9. betont die Wichtigkeit der Einigkeit aller UN-Mitgliedsstaaten;

10. bittet alle Mitgliedsstaaten, umgehend humanitäre Hilfe zu leisten;

11. beschließt, aktiv mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

ORGAN: DIE GENERALVERSAMMLUNG

THEMA: PROTEKTIONISMUS

VERFASSER: DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

bestätigend, dass ein System des freien Handels zw. Voll entwickelten Marktwirtschaften wohlfahrtsmaximierend ist und an seine Grundsätze erinnernd,

bedauernd, dass Einfuhrzölle und Exportsubventionen in industrialisierten Staaten trotzdem noch immer ein weit verbreitetes Regulierungsinstrument sind,

feststellend, dass durch diese Mittel die Weltmarktpreise v.a. im Agrarsektor künstlich beeinflusst werden und dass daraus eine Benachteiligung der Menschen in den Entwicklungsländern entsteht,

mit dem Wunsch, die Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu fördern, wie geschehen durch das Programm "Alles außer Waffen" der EU und einem Beschluss des "GACEU" aus dem Jahre 2001,

1. drängt alle wichtigen Industrienationen, sämtliche tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse speziell auf dem Agrarsektor abzubauen;

2. fordert die Schaffung eines verbindlichen Regelwerks, das durch eine neutrale Expertengruppe der WTO ausgearbeitet wird und über das im WiSo abgestimmt wird, mit folgendem Inhalt:

   a) der Status eines Landes als Industrie-, Schwellen- oder Entwicklungsland wird durch geeignete Maßzahlen bestimmt, die von einem unabhängigen Expertenteam festgelegt werden;

   b) Industrienationen sind Handelshemmnisse ebenso wie Exportsubventionen prinzipiell (d.h. in gravierenden Sonderfällen, die das Regelwerk bzw. die Expertenkommission definieren, sind Ausnahmen möglich) untersagt;

   c) zum Schutz einer temporär schwächeren Volkswirtschaft sollen gewisse protektionistische Maßnahmen nach dem Regelwerk gestattet werden;

3. fordert, dieses Regelwerk zur Abschaffung der protektionistischen Maßnahmen schrittweise und in absehbarer Zeit umzusetzen;

4. bittet den IWF, seine Programme so zu gestalten, dass es Entwicklungsländern gestattet wird, zuerst ihren Nahrungsmittelbedarf zu decken, bevor eine Produktion von cash-crops für den Weltmarkt erfolgen muss, um so Abhängigkeiten zu vermeiden.

ORGAN: INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (IWF)

THEMA: ENTSCHULDUNGSKONZEPTE FÜR AFRIKA

VERFASSER: JAPAN

DER IWF,

alarmiert über die Armut und die schrecklichen Konflikte, die daraus resultieren (Ruanda, Somalia, Liberia, Sierra Leone, DR Kongo),

bemerkend, dass Afrikas Außenschulden insgesamt 328,9 Mrd. US$ betragen und diese Länder nicht einmal in der Lage sind die Zinsen aufzubringen,

hervorhebend, dass die Industrieländer die armen Länder nicht in den Ruin stürzen wollen,

unter Hinweis auf die Entscheidung der G8-Länder von Kananaskis (Kanada) am 27. Juni 2002, die mit Einvernehmen der afrikanischen Länder getroffen wurde, die mit bis zu einer Milliarde US$ versuchen, die ärmsten afrikanischen Staaten durch Schuldenerlass zu entlasten bzw. alle Länder Afrikas zu unterstützen, die durch ihre Taten den politischen Willen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Menschenrechte umsetzen,

unter Berücksichtigung der Entscheidung von Genua der G8-Länder ihre Märkte für Produkte der ärmsten Länder zu öffnen ,

mit dem Ausdruck der Unterstützung von NEPAD, einer Initiative afrikanischer Staaten, die in ihrem Programm erstmals die kollektive Eigenverantwortung für die Massenarmut auf ihrem Kontinent betont und die ihre Zukunft nach den global gültigen Werten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvolle Regierungsführung selbständig gestalten wollen,

fest davon überzeugt, dass die Entschuldungsinitiative für die am höchsten verschuldeten Länder (HIPC), die 1999 auf dem Wirtschaftsgipfel in Köln verabschiedet wurde, ihre Aufgabe ernst nimmt und beträchtliche Erfolge vorweisen kann (Fünf Länder sind bereits komplett entschuldet, außerdem konnten bisher die Schulden der beteiligten Länder von 62 Milliarden auf 22 Milliarden Dollar gesenkt werden),

mit dem Wunsch die Situation in Afrika entscheidend zum Vorteil zu verändern,

1. drängt die afrikanischen Staaten dazu Eigenverantwortung zu übernehmen;
2. bittet die Industrieländer, die afrikanischen Staaten durch Intensivierung der Entwicklungshilfe dabei zu unterstützen;
3. bestätigt das vom IWF beschlossene Konzept der tragbaren Schuld, das den Ländern ermöglicht, Importe trotz einer erdrückenden Schuldenlast durchzuführen;
4. schlägt vor bei der Vergabe von Entwicklungshilfegeldern des IWF besonders folgende Kriterien der Prüfung zu unterziehen und auf dieser Basis eine Entscheidung zu treffen um eine nachhaltige Verbesserung zu gewährleisten
   a) verfügt das Land über einen hohen Rüstungsetat bzw. werden mit diesen Geldern Waffenimporte finanziert,
   b) verfügt nach Ansicht des IWF das Land über eine humane Regierungsführung,
   c) wird die freie Marktwirtschaft damit gefördert,
   d) werden Demokratie sowie Menschenrechte gefördert,
   e) werden diese Gelder nur zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung verwendet,
   f) wird die Infrastruktur verbessert,
   g) dienen sie dem Zweck der Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS, Malaria und TBC,
   h) wird die Umwelt versucht zu schützen bzw. nicht weiter zu belasten,
   i) werden keine terroristischen Verbindungen unterhalten;
5. drängt Konfliktparteien ihre Streitigkeiten beizulegen um schon geleistete Entwicklungshilfe nicht wieder zu zerstören;
6. versichert den Konfliktparteien, dass sich neutrale Schlichter bzw. Vermittler in den Konflikt einschalten werden;
7. kommt zu der Überzeugung, dass die Armut in Afrika nur bekämpft werden kann, wenn das Gewaltproblem gelöst wird, was durch folgende Punkte erreicht werden soll:
   a) durch Schaffung von komplexen, beständigen und glaubwürdigen Institutionen auf nationaler Ebene, die das Abgleiten von Konflikten in Gewalt verhindern sowie die Rechte und Verantwortlichkeiten der Gruppen (wie auch immer sie definiert sind) im Gleichgewicht halten,
   b) Bildung und Erziehung der Bevölkerungen zur Toleranz und Akzeptanz der Nachbarn mit dem Ziel eine Kultur der Toleranz und des gegenseitigen Respekts zu schaffen,
   c) Nach Möglichkeit die Etablierung einer partizipatorischen oder kommunitären Form der Demokratie;
8. hofft darauf, dass autoritäre Staaten sich zu einer Regierungsform wandeln, in denen die Macht vom Volk ausgeht damit sich eine politische Kultur bilden kann, die ethnische, sprachliche und kulturelle Unterschiede anerkennt, damit Bedingungen für eine nationale Einheit geschaffen werden, die diese Vielfalt im vollsten Umfang zum Ausdruck bringt;
9. legt dringend nahe, die Menschenrechte zu wahren;
10. fordert die Bildung einer Vergabe- und einer Kontrollkommission im IWF unter folgenden Vorgaben:
    a) die Kommissionen bestehen aus den Geber- und Nehmerländern, sowie aus unabhängigen Wirtschaftsexperten, die beratend zur Seite stehen,
    b) das Stimmrecht wird nach Quoten, welche nach der Summe der zur Verfügung gestellten Entwicklungsgelder berechnet wird, verteilt,
    c) Sachverständige aus den betroffenen Ländern nehmen teil;
11. fordert, dass der Kontrollkommission ein Instrument an die Hand gegeben wird, mit dem sie unter bestimmten noch festzulegenden Bedingungen die Aussetzung des Schuldendienstes bei politischen und wirtschaftlichen Erfolgen für einen Zeitraum von 5 – 10 Jahren durchführen sowie den Nehmerländern bei o.g. Erfolgen eine Teilschuld erlassen kann;
12. schlägt vor, in bedürftigen Staaten durch Unterstützung der NGOs Entwicklungshilfe zu leisten.

ORGAN: GENERALVERSAMMLUNG

THEMA: MENSCHENRECHT AUF BILDUNG

VERFASSER: MENSCHENRECHTSKOMISSION

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

höchst besorgt aufgrund der Tatsache, dass weltweit fast eine Milliarde Menschen weder lesen noch schreiben können,

betonend, dass über 110 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schulausbildung genießen,

feststellend, dass in vielen Entwicklungsländern nicht genügend Schulen und Lehrer vorhanden sind, so dass in manchen Regionen mitunter 60 Schüler auf einen Lehrer fallen,

hervorhebend, dass Kinder mehrere Kilometer täglich laufen müssen um zur Schule zu gelangen,

betonend, dass die Fachkompetenz der Lehrer und deren Unterrichtsmethoden in vielen Entwicklungsländern mehr als dürftig sind,

davon Kenntnis nehmend, dass 150 Millionen Kinder die Schulausbildung vor der fünften Klasse abbrechen,

bemerkend, dass Bildung in vielen Ländern noch kostenpflichtig ist,

feststellend, dass niedrige Gehälter für Lehrer oft ein Leben oberhalb der Armutsgrenze nicht zulassen,

bestürzt, dass viele Schulen nicht über Wasser und Strom verfügen,

betonend, dass Kinderarbeit in vielen Ländern Kinder am Schulbesuch hindert,

hervorhebend, dass die AIDS Epidemie vor allem in Entwicklungsländern verheerende Konsequenzen auf den Zugang zu Bildung hat,

1. fordert die Einrichtung eines Schulsystems, dass:
   a) vier Jahre kostenlose Grundbildung, wie schon im Artikel 26 der UN-Charta vorgesehen, mit Schwerpunkten auf Kenntnissen im Lesen, Schreiben und Rechnen;
   b) die Entstehung eines engmaschigen Schulnetzes beinhaltet;
2. unterstreicht die Notwendigkeit der Ausbildung von kompetenten Lehrkräften im staatlichen Rahmen;
3. bemerkt, dass Bildung die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflusst und das Bevölkerungswachstum hemmt;
4. empfiehlt, die Förderung von weiterbildenden Schulen zum Erlernen von Fremdsprachen;
5. legt allen Staaten nahe, den Bildungsetat des Staathaushalts zu erhöhen;
6. betont die Verantwortung der Industrienationen Bildungsprogramme in Entwicklungsländern finanziell in größerem Rahmen zu unterstützen;
7. empfiehlt die Gründung eines Fonds der Staatengemeinde zur nachhaltigen Förderung der Bildung, dessen Gelder von Organen der UN und /oder NGOS verwaltet werden;
8. drängt auf die spezifische Förderung von Mädchen und Frauen, da Bildung unabdingbare Voraussetzung für die geschlechtliche Gleichstellung ist;
9. fordert die Staaten zur Erwachsenenbildung auf, damit die Erwachsenen:
   a) diese an die Kinder weitergeben können;
   b) ihr Unglück durch Unwissen nicht noch verschlimmern;
10. ermutigt, v. a. in ländlichen Gegenden, den ökologischen und sozial verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen in den Lehrplan einzubauen;
11. legt dringend nahe sich weiterhin intensiv mit Präventionsmaßnahmen zu HIV-Verbreitung zu befassen, um Bildung zu gewährleisten.

ORGAN: HAUPTAUSSCHUSS 1

THEMA: (STAATS-)TERRORISMUS

VERFASSER: GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG

DER HAUPTAUSSCHUSS 1,

in Bekräftigung seiner Resolutionen 1269 (1999) vom 19. Oktober 1999, 1368 (2001) vom 12. September 2001 und 1373 (2001) vom 28. September 2001,

alarmiert über das durch die derzeitigen militärischen Interventionen im Irak gestiegene, Potential terroristischer Anschläge,

ferner zutiefst besorgt über die in verschiedenen Weltregionen zu verzeichnende tendenzielle Zunahme terroristischer Handlungen, die durch Intoleranz oder Extremismus motiviert sind,

in der Absicht, alle derartigen Handlungen durch präventive Maßnahmen zu verhüten,

hervorhebend, dass jede Handlung des internationalen Terrorismus eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

mit der Aufforderung an die Staaten, dringend zusammenzuarbeiten, um terroristische Handlungen namentlich durch Identifizierung der Ursachen, deren Beseitigung, verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Staaten und durch die volle Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte betreffend den Terrorismus zu verhüten und zu bekämpfen,

fest davon überzeugt, dass nur ein langfristig angelegtes Konzept eine effektive und befriedigende Lösung für die Beseitigung des terroristischen Potentials darstellen kann,

unter Hinweis auf die unparteiische, Staaten übergreifende Position der Vereinten Nationen als ein Forum für die internationale Völkerverständigung und damit erste Instanz für die Bekämpfung von Terrorismus,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. hofft auf Bemühungen zur Wahrung der von der UNO festgelegten Grundsätze, insbesondere der Menschen- und Völkerrechte;
2. ersucht dringend die Bekämpfung von Armut, Hunger, unzureichender medizinischer Versorgung und Aufklärung und Analphabetismus, um Terrorismus präventiv und mit langfristigem Charakter zu bekämpfen;
3. empfiehlt daher in Form von erweiterter finanzieller Unterstützung, erhöhter Aufmerksamkeit und intensiverer thematischer Auseinandersetzung zur Verbesserung der betroffenen Länder der jeweils zuständigen UN-Organe;
4. kommt zu der Überzeugung, dass terroristischer Nährboden, der aus Vorurteilen, Fundamentalismus und Intoleranz gegenüber anderen Völkern, ethnischen Gruppen und Religionen resultiert, nur durch Information, Kulturenaustausch und den beständigen Einsatz für Verständigung und Verständnis auf globaler Ebene entzogen werden kann;
5. fordert die Koordination und Kooperation zwischen allen UN-Organen unter Berücksichtigung dieser gremienübergreifenden Problematik;
6. legt dringend nahe, die Wirtschaft angesprochener Staaten zu subventionieren, um sie autonom und konkurrenzfähig zu gestalten, insbesondere durch:
   a) Verhinderung von weitreichenden Interventionen anderer Staaten;
   b) Abbau von Zollbeschränkungen;
   c) Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD, des Internationalen Währungsfonds IWF und der Welthandelsorganisation WTO und Vertretern der betroffenen Staaten;
7. drängt auf eine stärkere Präsenz der UNO in Krisengebieten, um die Eskalation inter- und intrastaatlicher Konflikte zu vermeiden und eine friedliche Lösung durchzusetzen, insbesondere durch:
   a) Verstärkung der UN-Friedenstruppen;
   b) Einschränkung und strenge Kontrolle von Waffentransaktionen;
8. unterstreicht die Notwendigkeit einer Bestimmung, die militärische Aktionen, laut Kapitel 7 der UN-Charta, um Terrorismus zu bekämpfen, erst nach Beschluss des Sicherheitsrates, dessen nur bei kriegerischen Aktionen infolge von terroristischem Handeln nötig ist, nicht bei gezielten einzelnen Aktionen rechtfertigt und Staaten, die wider den Sicherheitsrat und damit gegen die Uno und das Völkerrecht agieren, mit schweren Sanktionen zu belegen;
9. ersucht alle Staaten mit der Aufforderung, das Justizwesen aller Staaten insbesondere auf Menschen- und Völkerrechte zu überarbeiten, um auf einen gemeinsamen Konsens zurückgreifen zu können, um eine Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit und allgemein der Aktionen der Justiz in der Bekämpfung des Terrorismus;
10. betont, dass durch Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten wirkungsvollere Ergebnisse zustande kommen können;
11. ermutigt zur intensiveren Arbeit an der Identifizierung aller möglichen Finanzquellen des Terrorismus und deren sinnvolle Verfügung dem WISO zu übertragen;
12. betont, dass es die zivile Bevölkerung unter allen Umständen zu schützen gilt, sei es nun, dass sie von terroristischen Akten oder gar staatlichen Terrorismus, der vom eigenen Staat praktiziert wird, bedroht wird;
13. lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Projekt mit dem Namen "Waffenabgaben gegen Entwicklungshilfe", das im Tausch gegen Waffen in dem entsprechenden Land soziale Einrichtungen baut und das Land in seiner Entwicklung unterstützt.

ORGAN: GENERALVERSAMMLUNG

THEMA: FOSSILE UND REGENERATIVE ENERGIEQUELLEN

VERFASSER: HAUPTAUSSCHUSS II,

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

alarmiert über die fortschreitende Dezimierung fossiler Energiequellen,

erinnernd an die Agenda 21 des UNO-Gipfels im August 02 für nachhaltige, ökologische Entwicklung,

besorgt über die Fortentwicklung der globalen Erwärmung auf grund von Verbrennung fossiler Ressourcen,

tief bestürzt, dass die Konkurrenz um fossile Energiequellen in Konflikten eskalieren kann,

empört über die gnadenlose Ausbeutung der fossilen Ressourcen in den Entwicklungsländern durch Konzerne der Industrieländer,

entschlossen, regenerative Energiequellen zu fördern,

beunruhigt, über die unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen bei Transport und Lagerung von Energieträgern,

im vollen Bewusstsein der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die Förderländer fossiler Energieträger,

entschlossen, diesen wirtschaftlichen Nachteilen entgegenzuwirken, und zu einem gerechten Ausgleich zu kommen,

1. drängt den Einsatz regenerativer Energiequellen angepasst an die entsprechenden Umweltbedingungen in Entwicklungsländern zunehmend zu fördern und relevante Technologien bereitzustellen;

2. empfiehlt Schulungen der Bevölkerung bezüglich der neuen Technologien, die umfassen:

    a) die Wartung und Instandhaltung;

    b) die Ermöglichung der eigenen Produktion;

3. unterstreicht die Notwendigkeit fossiler Brennstoffe zur Deckung des Weltenergiebedarfs in umweltgerechter Art und Weise;

4. fordert alle Industriestaaten zusammen auf, regenerative Energieformen, vor allem deren Produktion in großem Stil umzusetzen, dass diese günstiger und damit konkurrenzfähig wird;

5. fordert zusätzlich zur Entwicklungshilfe uneigennützige Unterstützung seitens der Industriestaaten durch:

    a) Weiterentwicklung der bestehenden Förderanlagen zur Verbesserung der Effektivität;

    b) Ausbau von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie;

    c) Übermittlung von relevanter Technologie;

6. bittet um die Bildung einer Arbeitsgruppe, die die Umsetzung der Maßnahmen überwacht;

7. unterstützt die bisherigen Förderländer fossiler Energien durch finanziellen Ausgleich beim Umstieg auf regenerative Energien wie folgt:

    a) Subventionierung von regenerativen Energiegewinnungsanlagen;

    b) Konkurrenzfähigere Preise bei der Herstellung und beim Verkauf regenerativer Energieträger;

8. beklagt die mangelnden Sicherheitsmaßnahmen im Transport und in der Lagerung von Energieträgern;

9. legt dringend nahe, langfristig von fossilen auf regenerative Energieträger umzusteigen.

ORGAN: GENERALVERSAMMLUNG

THEMA: DESERTIFIKATION

VERFASSER: SONDERKOMMISSION FÜR KLIMA UND UMWELT

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

mit dem Ausdruck tiefer Besorgnis über die zunehmende, durch den Menschen verursachte Desertifikation, von der schon jetzt 2 Milliarden Hektar Landfläche betroffen sind,

beunruhigt über die Ausweitung der Desertifikation um jährlich 5-7 Millionen Hektar Land, die dadurch irreparabel zerstört und für immer verloren sind,

mit dem Ausdruck des Bedauerns um die spärlichen Fortschritte, die bisher im Kampf gegen die Desertifikation erzielt wurden,

unter Hinweis auf die finanziell problematische Situation der meisten betroffenen Gebiete und ihre Abhängigkeit von der Landwirtschaft, die oft die Haupteinnahmequelle darstellt,

bestürzt über die daher oft fatalen Auswirkungen, wie z.B. Hungersnöte, auf die betroffene Bevölkerung, deren Flächen für landwirtschaftlichen Anbau durch die Wüstenbildung unbrauchbar werden und so eine kritische wirtschaftliche und soziale Situation hervorgerufen wird,

ermutigt durch die Arbeit des UNEP, das bereits erste Schritte im Kampf gegen die Desertifikation, größtenteils erfolgreich, durchgeführt hat,

entschlossen, diese Arbeit zu intensivieren und auszuweiten,

1. unterstreicht die Notwendigkeit, das weltweite Problem der Desertifikation auf wirtschaftlicher, politischer, sozialer sowie technologischer Ebene stärker zu thematisieren und entsprechend in das Bewusstsein der Menschen zu bringen;

2. stellt fest, dass die Desertifikation bislang nur als Problem der südlichen Gebiete betrachtet wurde, das Ausmaß der globalen Wüstenbildung jedoch stark zugenommen hat und inzwischen auch viele andere, zum Teil in kälteren Klimazonen gelegenen Gebiete, betrifft;

3. fordert eine zunehmende Anpassung des landwirtschaftlichen Anbaus an die gegebenen Vorraussetzungen und den Nutzungsverzicht, wenn Schäden des Naturhaushaltes absehbar sind, um somit eine nachhaltige Wirtschaft zu fördern;

4. unterstützt die Wiederaufforstung gerodeter Waldflächen und schlägt vor, ein Aufforstungsprogramm durch die Anpflanzung von Vegetationsarten, die dem Dürre- und Versalzungsgrad angepasst sind, durchzuführen;

5. legt eine Schulung der in den betroffenen Gebieten lebenden Bevölkerung zum richtigen Umgang mit dem Naturraum und die Einbindung derselbigen in den lokalen Landnutzungsplan dringend nahe, um präventiv gegen neue Wüstenbildung vorzugehen;

6. schlägt vor, der dortigen Bevölkerung neue Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten, z.B. in der Agroforstwirtschaft, zu schaffen;

7. schlägt des weiteren vor, der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten verstärkt Möglichkeiten zu bieten, um Sonnenenergie zu nutzen, z. B. Sonnenöfen;

8. fordert, die Beziehungen der von der Desertifikation betroffenen Ländern noch enger auf eine partnerschaftliche Grundlage zu stellen, um so die Zusammenarbeit und Lösungsfindung zu fördern;

9. empfiehlt eine produktive Unterstützung spezieller Hilfsorganisationen und Forschungseinrichtungen;

10. betont dabei die nötige Unterstützung insbesondere von Seiten der Industrienationen

    a) durch den Beitrag zu einem speziell eingerichteten Fond;

    b) durch die Bereitstellung von geschultem Personal;

11. und schlägt ferner vor, nationale und internationale NGOs in die Bekämpfung der Desertifikation stärker einzubinden sowie Expertennetzwerke zu gründen;

12. ersucht dabei auch die Weltwirtschaft, sich beim Kauf von Exportgütern aus den betroffenen Ländern zu vergewissern, dass deren Anbau die Desertifikation nicht unterstützt und notfalls mit entsprechenden Programmen sofort Abhilfe zu schaffen, sodass für die betroffenen Länder trotz Einschränkung der betroffenen Exportgüter keine wirtschaftlichen Nachteile entstehen;

13. kommt zu dem Schluss, dass die Desertifikation ein Problem mit weltweiten Auswirkungen ist und bei dessen Bekämpfung es daher auch der Unterstützung aller Staaten, besonders der wirtschaftlich und finanziell besser gestellten, bedarf.

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

Auszüge aus dem "St. Vincent Herald"

St Vincent Herald

The Tropical Perspective

Freitag, 4. April 2003

Lobbying, Debattieren und Abstimmen in vollen Zügen

Vereinte Nationen!!!

Wer ist der Nächste?

Anhaltende Spannungen zwischen den USA und dem Rest der Welt

Nach dem Eklat beim Auftritt der USA im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung am Donnerstag (wir berichteten) hat sich der Ton auf beiden Seiten verschärft. Der Ir rief alle Staaten dazu auf, „sich von der Vernunft leiten zu lassen, und sich gegen Amerika zu entscheiden." Eine Staatengemeinschaft sollte die Macht haben, sich auch gegen die Amerikaner durchzusetzen, so der irakische Delegierte. Die amerikanische Delegation erklärte sich hingegen weiter fest entschlossen, das irakische Volk von seinem Diktator und den Irak selbst von Massenvernichtungswaffen zu befreien. Syrien und den Iran warnte sie vor einer weiteren Einmischung: „Die USA halten sich alle weiteren Schritte offen." Aber nicht nur arabische Staaten fanden sich mit harscher Kritik konfrontiert. Deutschland als einer der vehementesten Gegner des amerikanisch-britischen Engagements im Irak sieht seinen in Aussicht gestellten Platz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat in immer weitere Ferne rücken.

Viele Mitgliedsstaaten befinden sich in einer äußerst prekären Situation, beispielsweise Saudi Arabien: Zweifel an der Berechtigung eines Krieges ohne ausdrückliches UN-Mandat treffen auf eine lange und für beide Seiten wichtige freundschaftliche Verbindung mit den vereinigten Staaten. Die USA aber sehen dieses Problem nicht in der gleichen Schärfe: Sie bedauern, daß der Sicherheitsrat in dieser wie in vielen anderen Fragen nicht zu einer Entscheidung gekommen ist. Gerne würden sie die Vereinten Nationen in die Nachkriegsordnung des Iraks mit einbeziehen (siehe dazu auch Artikel „Ein ehrenwerter Versuch" auf Seite 2). Doch beteiligt um die Unterstützung der UN wollen die stolzen USA auch nicht. Amerika ist bereit und in der Lage, das, was mit der UN nicht geht, auch ohne die UN durchzuziehen. Daß es dabei nicht nur um guten Willen, sondern auch um die enormen Kosten eines Wiederaufbaus des Iraks geht, die ansonsten die USA und ihre Verbündeten alleine tragen müssten, wollte der Repräsentant der USA nicht abstreiten. Viel weitergehend aber war seine Aussage, daß die USA das Völkerrecht als Gewohnheitsrecht ansehen und es somit für gerechtfertigt halten, unter Berufung auf eben diese Gewohnheit auch weiterhin Kriege zur Durchsetzung der amerikanischen Interessen oder zur Verbreitung von Demokratie in aller Welt zu führen, egal was die Vereinten Nationen dazu sagen. Wer wird der nächste sein? „Ein Einmarsch in Syrien findet noch nicht statt", so die USA im Sicherheitsrat. Und auch Nord Korea steht unter kritischer Beobachtung. Doch möchten die USA sich hier bemühen, zumindest noch, eine diplomatische Lösung ohne Gewaltanwendung zu finden, auch wenn die Bedrohungslage eine ähnliche ist. Die in die Nähe verlegten B 52 Bombenstaffeln wurden zumindest nach scharfem Protest auf der nordkoreanischen Hauptstadt wieder abgezogen. Und die Liste der 'Schurkenstaaten' ist lang, durchzogen von der gemeinhin gefürchteten 'Achse des Bösen'.

Guatemala, ein Staat, der sich ebenfalls scharf gegen den Irakkrieg geäußert hat, zog noch folgenden Vergleich: Auch in diesem Land unterstützen die USA, wie im Irak, zunächst eine heute als diktatorisch angesehene Regierung, bis sie es sich anders überlegten und eben jene stürzten. Es folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg, der erst vor vergleichsweise kurzer Zeit ein Ende fand. Sollte dies zur Regel werden, müssen sich noch einige Regierungen überall auf der Welt warm anziehen. Aber wie gesagt - Völkerrecht ist Gewohnheitsrecht. In jedem Fall werden die Gründe für den aktuellen Krieg im Irak im Dunkeln gehalten. Die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, die Kontrolle über die reichhaltigen Ölreserven des Iraks, ein Vater Sohn Komplex, simple Rachegefühle oder gar das machiavellistisch anmutende Pearle-Papier, das einen dreistufigen Plan zur Wiederherstellung der amerikanischen Hegemonie im nahen Osten darlegt, dessen erste Stufe, die Vereitelung der in Oslo festgelegten Schritte zu einem Frieden in Palästina, bereits mit Erfolg abgeschlossen wurde; es scheint einem jeden, der auf der Suche nach „dem Grund" im Dunkeln herumtappt, freigestellt, sich an einem dieser 'Gründe' festzuhalten.

Immer wieder wird der Vergleich mit dem Völkerbund angebracht. Die UN ist in ihren Grundfesten erschüttert. Die USA schwanken. Sie haben bewiesen, daß sie zur Zeit die stärkste und eigensinnigste Nation darstellen. Gleichzeitig steuern sie auf eine nicht gewollte Isolation auf dem internationalen Parkett zu. Dieser versuchen sie mit allen Mitteln zu entgehen - doch ob Einschüchterung das richtige ist, steht zur Debatte.

Andrej Robbe

v.l.n.r.: Bereits betroffen der Irak, daneben der Iran und Syrien

Lösung des Kaschmir-Konflikts?

Die Sitzung des Sicherheitsrates beschäftigt sich heute intensiv mit der Lösung des Kaschmirkonfliktes. Dies erweist sich immer noch als sehr schwierig. Es wurden zwar Resolutionen eingebracht, eine gerechte Lösung für alle Beteiligten ist momentan noch nicht in Sicht. Resolutionen wurden von China/ Singapur, Kamerun und vor allem von Mauritius eingebracht. Diese Resolutionen sehen hauptsächlich eine friedliche Lösung des Kaschmirkonflikts vor. Über die Ausführung dieses friedlichen Gedankens wird derzeit jedoch noch diskutiert. Die USA sind für die vorzeitige Bekämpfung des Terrorismus als Grundlage zur Lösung des Problems. Mauritius ist jedoch der Meinung, dass eine Volksabstimmung im Kaschmir unter internationaler Aufsicht notwendig ist. Das Ziel der Abstimmung sei es, herauszufinden, ob die Bewohner der betroffenen Gebiete ein autonomes Kaschmir begrüßen. Von China kann man sagen, dass deren Resolution völlig im Gegensatz zu der Mauritius' steht. Um eine Stellung Pakistans wurde gebeten.

Fortsetzung auf Seite 4

St Vincent Herald

The Tropical Perspective

Donnerstag, 3. April 2003

Fieberhafte Vorbereitung voll im Gange

Ein Treffen der Nationen

Pfiffe für USA und Großbritannien

Interview mit dem Generalsekretär

St. Vincent Herald: Sehr geehrter Herr Schallmus, unsere erste Frage soll sich mit dem allgemeinen Klima auf dieser Konferenz befassen. Uns ist aufgefallen, auch angesichts der Vorfälle auf der Eröffnungsveranstaltung, daß doch ein recht scharfer Ton vorherrscht, gerade den USA und Großbritannien gegenüber.

Sec. Gen: Zunächst muß ich sagen, daß ich es sehr bedauerlich finde, daß das diplomatische Gefüge nicht von allen Delegationen wahrgenommen wurde, wie es eigentlich sein sollte. Das heißt, daß jede Delegation unabhängig von ihrem Standpunkt respektiert werden sollte, und dementsprechend die diplomatischen Gepflogenheiten beachtet werden sollten. Wie ich beobachten konnte befindet sich die Diskussion selbst inzwischen wieder auf der diplomatischen Ebene.

Lt. Julius G. Brenner im gespräch mit Generalsekretär Schallmus

STH: Es wurde in verschiedenen Publikationen auf mehrere angebliche Kriegsdrohungen und -erklärungen hingewiesen, die auf dieser Konferenz ausgesprochen worden seien sollen. Haben sie Anzeichen dafür entdeckt, daß auch andere Staaten außer den Alliierten den Irakkrieg als Legitimation benutzen, bestehendes Völkerrecht zu mißachten, und mit halbherzigen oder ernstgemeinten Kriegsdrohungen Politik zu machen versuchen?

Sec. Gen.: Nein, dies kann ich persönlich nicht bestätigen. Ich denke, daß diese „Kriegserklärungen", die am gestrigen Tag ausgesprochen wurden, nicht auf den Irakkrieg zurückzuführen sind.

STH: Sehen sie eine Veränderung in den Perspektiven der UNO in der Welt und von welchem Nutzen kann die UNO zur Zeit sein?

Sec. Gen.: Ich sehe den Nutzen und die Perspektiven der UNO jetzt nicht kurzfristig sondern eher auf langfristiger Ebene. Durch den Irakkrieg ist die UNO sicherlich auf sehr kurzfristiger Ebene etwas in Frage gestellt, da sich der Schwerpunkt der Berichterstattung durch die Medien leider sehr eintönig auf den Irakkrieg beschränkt und die anderen wesentlich weiteren Arbeitsbereiche der UNO dadurch etwas in den Hintergrund geraten.
Trotzdem denke ich, daß der Irakkrieg auch als Chance begriffen werden kann, gerade für die kleineren Gremien, einmal stärker im Mittelpunkt zu stehen sobald die UNO einmal wieder in einem positiveren Licht dargestellt wird.

STH: Wäre es nicht, angesichts der Infragestellung der Autorität der UNO durch einige ihrer Mitgliedsstaaten, angebracht sich auf einem weniger umstrittenen Gebiet durch Erfolge hervorzutun? Der Nahostkonflikt wäre zum Beispiel ein ideales Forum um sich gewissermaßen zu rehabilitieren.

Sec. Gen: Ich glaube nicht, daß die Autorität der Vereinten Nationen in Frage gestellt wird. Und ich denke auch nicht, daß es für die Vereinten Nationen notwendig ist sich zu rehabilitieren.
Natürlich befindet sich die UNO momentan, vor allem durch die Perspektive der Medienberichterstattung, in einem negative Licht. Sicherlich ist jede positive Meldung den Vereinten Nationen gut. Nun sind wir ja schon sehr lange (seit 1948) im nahen Osten aktiv und arbeiten natürlich schon seit langem auf diesem Gebiet. Ich denke es wird auch über kurz oder lang zu einer Lösung kommen. Allerdings nicht nur durch die Vereinten Nationen sondern vor allem durch die Kooperation der betroffenen Mitgliedsstaaten.

STH: Sie sprechen von einem schlechten Licht in das die Medien die UNO gerückt haben. Also sind sie der Meinung, daß die Mitgliedsstaaten, inklusive der Vereinigten Staaten, die UNO hingegen weiterhin voll respektieren und sich in Zukunft wieder an die UN Charta halten werden?

Sec.Gen.: Ja, davon gehe ich aus. Ich denke es ist zur Zeit auch eine innenpolitische Frage in den Vereinigten Staaten, die das jetzige Verhalten begründen lassen. Ich denke, daß gerade auf lange Sicht die Vereinigten Staaten auf die Vereinten Nationen und ihre Handelspartner angewiesen sind, die doch einen gewissen Druck auf sie ausüben.

Das Interview wurde geführt von Lt. Julius G. Brenner.

Zukunft muß durch Köpfe gehen

Fast vergessen und ein wenig abgelegen gibt der „Arbeitskreis Reform" seiner Arbeit nach. Dank eines glücklichen Zufalls ist er auch unter dem Beinamen „Zukunfts Werkstatt" bekannt. Dies ist eine treffendere Bezeichnung für dieses Gremium, das mit individuellen Charme und ein wenig eigenen Regeln über Verbesserungen innerhalb der UN debattiert und sie vor allem kreiert. Neue Ideen werden in den Köpfen der Delegierten erschaffen, die weder Land noch Organisation vertreten, sondern sich selbst, ihren Vorstellungen und Erfahrungen freien Raum zum Entwerfen von Reformen lassen können. Die ersten Stunden waren zwar durch vorsichtiges Abtasten und der Suche nach ähnlichen Denkansätzen gekennzeichnet, aber nachdem diese Hürde genommen wurde, scheint das Gremium ein fast familiäres Umfeld zu bieten, jegliche Meinung zu äußern. Dies ist auch vor allem der ruhigen und routinierten Leitung durch die beiden Chairs zu verdanken. Ohne in eine bestimmte Richtung zu forcieren, verstehen sie es die geballten Gedankenströme zu verständlichen Thesen zu führen. Die Reform des Sicherheitsrats war das erste Thema der Werkstatt. Hier lehnten sich die Delegierten sehr an eine der ältesten Vorschläge an, die zu den fünf ständigen, fünf weitere langfristige und fünf nicht ständige Mitglieder hinzufügt. Diese besitzen jedoch kein Veto-Recht, sollen aber eine bessere regionale und wirtschaftliche Vertretung gewährleisten.
Größeres innovatives Potential beinhaltete die Debatte über eine innere Reform der UN selbst. Eine Mängelliste half genaue Schwachpunkte zu definieren, um dann festlegen zu können, welche der Problematiken innerhalb des Gremiums diskutiert werden können, und welche erst noch das Beschaffen von genauen Statistiken, Zahlen und schon vorhandenen Richtlinien benötigten. Eine Neuerung in Bezug auf sog. Nicht Regierungs Organisationen (NGO's) wurde besprochen. Diese sollen von nun an Resolution zwar vorbringen dürfen, jedoch weiterhin von der Abstimmung ausgeschlossen sein. Während sich frühere Reformpakete der Vereinten Nationen, hier seien insbesondere die Vorschläge Kofi Annans im vergangenen September erwähnt, eher mit einer gründlichen Beleuchtung der UN Vorgänge, der Reduzierung von Treffen und Publikationen, um Überschneidungen und Wiederholungen zu vermeiden, und der Verbesserung der Informationsverteilung beschäftigen, verannte sich das Gremium hier ein wenig in eine Idee zur Kontrolle von Umweltverstößen. Der erdachte „Umweltrat" soll Vergehen gegen UN-Umweltrichtlinien ahnden, sogar mit Sanktionen bestrafen dürfen. Dazu ist eine Chartaänderung durch die Generalversammlung nötig. Zum Machtbefugnis der UN soll demnach noch dieser weitere Punkt hinzugefügt werden. Neben Maßnahmen zu Frieden und Sicherheit, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, Entwicklungshilfe, Humanitäres sowie Menschenrecht eine fragwürdige Ergänzung. Ähnlich wie das Kyoto Protokoll schimmert der Anschein hindurch, reiche Länder könnten sich so das Recht, die Umwelt mehr zu belasten als andere, erkaufen. Vielleicht wären Vereinfachungen und das Abschaffen retardierender Sparten der UN fruchtbarer, wofür jedoch ein hoher Wissensstand und fundierte Kenntnisse vom Nöten sind.
Ein wirklich lohnender Lösungsansatz stellte jedoch die Idee des „Nation Building Process" dar. Dieser soll eine aktive Unterstützung im Aufbau administrativer Einrichtungen in krisengeschüttelten Gebieten etablieren. Im Gegensatz zu den schon bestehenden „Peace-keeping-Missions" der UN, soll das Nation Building nicht nur Sicherheit und Wiederaufbau garantieren, sondern auch dabei Helfen, geeignete Regierungsformen und politische Strukturen innerhalb des Landes aufzubauen. Um diese Prozesse auf neutrale Grundlagen zu stellen, wäre es denkbar die Leitung dieses Gremiums dem UN-Sekretariat direkt unterzuordnen. Hierbei besteht jedoch die Gefahr, daß die Vereinten Nationen ihrer neutralen Stellung und Beraterfunktion nicht mehr gerecht werden können. Interessenskonflikte und Einflußnahme auf zukunftsträchtige Entscheidungen scheinen vorprogrammiert. Dennoch, wie es sich für eine Werkstatt gehört, müssen zunächst Spähne fallen und an neuen Gedanken solange gehobelt und gefeilt werden bis aus ihnen das erschnte Meisterstück wird.

„Ausblick" in die Zukunftswerkstatt

Richard Kieseldörfer

Die Podiumsdiskussion

Jugend und Globalisierung - auf diesem weit abgesteckten thematischen Feld wurden im Zuge einer Podiumsdiskussion am Samstagmorgen die Vor- und Nachteile sowie die Auswirkungen der Globalisierung erörtert. Als Diskutanten waren vier hochrangige Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen geladen: Herr Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Stuttgart, Herr Dr. Peter-Rüdiger Puf, Chief Economist bei Daimler-Chrysler, Herr Professor Dr. Frank C. Englmann, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Universität Stuttgart sowie Herr Dr. Harald Klimenta von Attac. Geleitet wurde die Diskussion von Frau Iris Eichler vom Südwestdeutschen Rundfunk.

Schon zu Beginn der Diskussion, als die Diskutanten einzeln in kurzen Zügen ihre Ansichten zum Thema Globalisierung vorstellten, wurden die grundsätzlichen Positionen deutlich. Besonders aber in den nun folgenden ersten Kontroversen stellte sich dann auch die Vielschichtigkeit des Themas dar, die besonders durch die unterschiedlichen Perspektiven der Vertreter zutage trat. So betonte Herr Dr. von Weizsäcker besonders die wichtige Rolle der Demokratie, die im Prozess der Globalisierung eine zentrale Rolle spielen solle, indem sie zunächst die internationalen politischen Grundstrukturen zu festigen habe, bevor die ökonomische Dimension der Globalisierung vollends zum Tragen kommt. Dieser Auffassung wurde im Wesentlichen nicht widersprochen, auch von Seiten Herrn Dr. Pufs nicht, der den Prozess der Globalisierung besonders aus volkswirtschaftlicher Sichtweise als sehr positiv beurteilte. Besonders für arme Länder sei die Globalisierung eine Chance, durch Nutzung der globalen Produktionsmobilität am Wirtschaftswachstum teilzuhaben. Diese Ansicht stand der Position von Herrn Dr. Klimenta diametral gegenüber, der ein langsames "Ausbluten" der Länder der Dritten Welt diagnostizierte. Das Wachstum der reichen Länder ginge nicht zuletzt auf Kosten des ärmeren Teils der Welt, so dass sich die Kluft mehr und mehr vergrößere. Schuld an dieser Entwicklung seien nicht zuletzt auch internationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation oder der Internationale Währungsfond, die durch eine zu sehr zur Offenheit besonders der Kapitalmärkte tendierende Politik immer mehr zugunsten der reichen Länder operiere. Mit dieser Ansicht ging Herr Professor Dr. Englmann nicht konform, der zwar eine Neustrukturierung internationalen Organisationen als notwendig erachtete, ihre Rolle im Zuge der Globalisierung jedoch

Die Globalisierung ist für die Zuhörer ein wichtiges Thema - sowohl für sie persönlich als auch in ihrer Rolle als Diplomat.

als eher positiv beurteilte.

So flossen in die Diskussion also viele verschiedene Aspekte ein, beginnend mit der Rolle der nationalen politischen Ordnungen über die ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung bis hin zu der Position internationaler Instanzen. Als Streitpunkt sei in diesem Zusammenhang exemplarisch die Wasserversorgung in armen Staaten Afrikas genannt. Auf der einen Seite wurde ins Feld geführt, dass durch die Globalisierung westliche Konzerne die Möglichkeit haben, die Wasserversorgung zugunsten der Bevölkerung besser sicherstellen zu können als die dortigen Regierungen es vermögen. Auf der anderen Seite wurde in diesem Zusammenhang auf die immer größere Abhängigkeit dieser Staaten von der Macht der reicheren Länder verwiesen.

Dr. Harald Klimenta (attac), Prof. Dr. Frank C. Englmann (Uni Stuttgart), Iris Eichler (SWR), Dr. Peter-Rüdiger Puf (Daimler Chrysler), Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker (MdB) (v.l.n.r.)

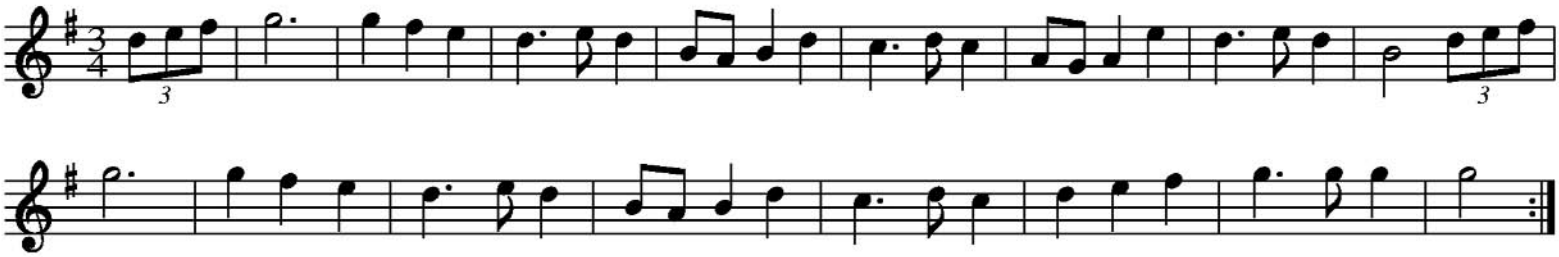
Im letzten Drittel der Debatte stellte Frau Eichler insbesondere Fragen zur Diskussion, die von Zuhörern schriftlich eingereicht worden waren. Hier wurden einzelne Punkte noch einmal aufgegriffen und kontrovers diskutiert.

Insgesamt konnte im Zuge der Podiumsdiskussion sicher nicht jeder einzelne Aspekt geklärt werden. Vermittelt hat die Diskussion jedoch, dass das Thema Globalisierung sehr vielschichtig ist, dass es viele verschiedene Betrachtungsweisen gibt und dass man, um zu einer umfassenden wertenden Aussage zu kommen, sicherlich viele Aspekte in Betracht ziehen muss. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Diskutanten und die Moderation für eine dank ihrer Vielseitigkeit sehr interessante Podiumsdiskussion bei den Model United Nations in Baden Württemberg 2003.

Daniel F. Heuermann (Wissenschaftlicher Dienst, advocatus diaboli)

UNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MU

Private goes Public aus Aalen
Sina und Charly aus Stuttgart



UNBW 2003 - MUNBW 2003 - MUNBW 2003 - MU

Alle schauen auf die UNO - vier Gmünder Schüler gehen hin

Simulierte UNO-Konferenz zu aktuellen Themen

Schwäbisch Gmünd (pm) – Anfang April strömen sie nach Stuttgart - die Delegierten aller Herren Länder zur simulierten UNO-Konferenz „Model United Nations" Baden-Württemberg. Karin Cabré, Christoph Lakner, Claudia Stummer und Verena Welz (SchülerInnen des Scheffold-Gymnasiums) aus Schwäbisch Gmünd vertreten dabei die Republik Südafrika.

Mit 380 anderen Jugendlichen werden die Gmünder in Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss und diversen anderen Gremien der Weltorganisation über die Lage der Welt vom 2. bis 6. April debattieren – ganz aktuell, auf der Tagesordnung stehen Themen wie Wasserversorgung, Menschenrechte und auch der Kampf gegen den Terrorismus.

Für die Vorbereitung gab es genaue Vorgaben. Wie jede Delegation mussten die vier Jugendlichen vorab eine Präsentation ihres Landes, Stellungnahmen zu bestimmten Tagungsthemen und Resolutionsentwürfe einreichen. Somit konnte sichergestellt werden, dass sich alle gut für die Debatten vorbereitet haben.

Die werden in der Simulation mit ähnlichem Ernst geführt, wie beim großen Vorbild in New York. In der heißen Phase vor der Konferenz gilt es vor allem, mit den aktuellen Entwicklungen mitzuhalten. Wie geht es in der Golfregion weiter, welche Delegationen ändern daraufhin ihr Abstimmungsverhalten?

Obwohl sich alle an die Regeln des UNO-Kodexes halten müssen, bleibt es beim Spiel. So kann es auch sein, dass manch einer den Kleidungsvorschriften seine persönliche Note gibt und die Krawatte etwas lockerer trägt.

Bei dieser zweiten Konferenz von Model United Nations Baden-Württemberg bewegen sich die Teilnehmer aber tatsächlich auf internationalem Parkett, sind doch sogar Delegationen aus Venezuela, Rumänien und diversen anderen Ländern angemeldet, wobei die Konferenzsprache Deutsch ist. Und den allermeisten Jung-Diplomaten ist ihr Einsatz wichtig: sie haben erkannt, welche Chancen eine Weltorganisation bietet, aber auch, wo die Nachteile liegen. Deshalb sind sie mit ganzem Ernst bei der Sache und setzen all ihre Fähigkeiten ein, um ein akzeptables Ergebnis zu erreichen.

Viele dieser Fähigkeiten haben sie erst durch dieses „Spiel" entdeckt oder sich angeeignet, denn niemals zuvor waren sie so auf sich gestellt bei der Recherche von Informationen und beim Absprechen der Aufgabenteilung in der Kleingruppe. Vielleicht nutzen sie diese Fähigkeiten nach der Simulation zur Umsetzung von Ideen, die sie am letzten Tag der Konferenz in den Diskussiongruppen entwickeln. Dann geht es nicht mehr um globale Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten im Weltverband, sondern um lokale Handlungsansätze für jeden Einzelnen. Warum sich einsetzen, wie und in welchen Bereichen? Diese Schwerpunktfrage wird sich quer durch ein breites Angebot von Diskussionsgruppen ziehen, die einen Mittag lang die Bearbeitung weltweiter Fragestellungen im örtlichen Bezug zum Inhalt haben.

Über hundert Jugendliche aus ganz Süddeutschland haben ein Jahr lang alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese Veranstaltung zu organisieren. Ursprünglich unter der Trägerschaft des Bundes der Pfadfinderinnen und Pfadfinder gestartet, haben sie kürzlich sogar einen eigenen Verein gegründet. Unterstützt werden sie aber weiterhin sowohl von den Pfadfindern als auch von vielen anderen Institutionen, was auch eine ihrer besonderen Leistungen ist.

Nicht das Kultusministerium allein, nicht die Jugendstiftung und nicht DaimlerChrysler allein, sondern sie alle zusammen und einige weitere Institutionen und Unternehmen fanden es interessant und wichtig, diese Konferenz für Jugendliche zu ermöglichen.

Am Samstagabend werden sie für ihren Einsatz belohnt. Dann wird der Generalsekretär den Diplomatenball eröffnen und die südafrikanischen Delegierten aus Schwäbisch Gmünd werden gemeinsam mit Diplomatenkollegen aus der ganzen Welt, die diesmal aus Baden-Württemberg besteht, ihre Erfahrungen Revue passieren lassen. Bei Tanzmusik, einem Dinner und in geselliger Runde kann nochmal ernst oder im Spaß über die Themen und Erlebnisse diskutiert oder das Tanzbein geschwungen werden.

Wieder zu Hause, können sie sich und anderen vielleicht leichter erklären, warum es die UNO braucht und was noch alles getan werden muss, dass sie so funktionieren kann, wie das einmal gedacht war. Mehr Informationen über das Projekt sind im Internet zu finden unter www.model-un.de

Remszeitung, 25. März 2003

Feedback der Teilnehmer

Der im Anschluss dargestellte statistische Überblick über MUNBW 2003 basiert auf einer Fragebogenerhebung mittels des Fragebogenprogramms GrafStat2002, sie sich an alle Teilnehmer von MUNBW 2003 richtete - mit der Zielsetzung, bei der Gestaltung zukünftiger MUNBW-Konferenzen den Teilnehmerwünschen adäquater entsprechen zu können.

Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Datenangaben soweit ersichtlich um Prozentwerte handelt, ansonsten handelt es sich bei diesen Angaben um Mittelwerte auf der Schulnotenskala von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend).

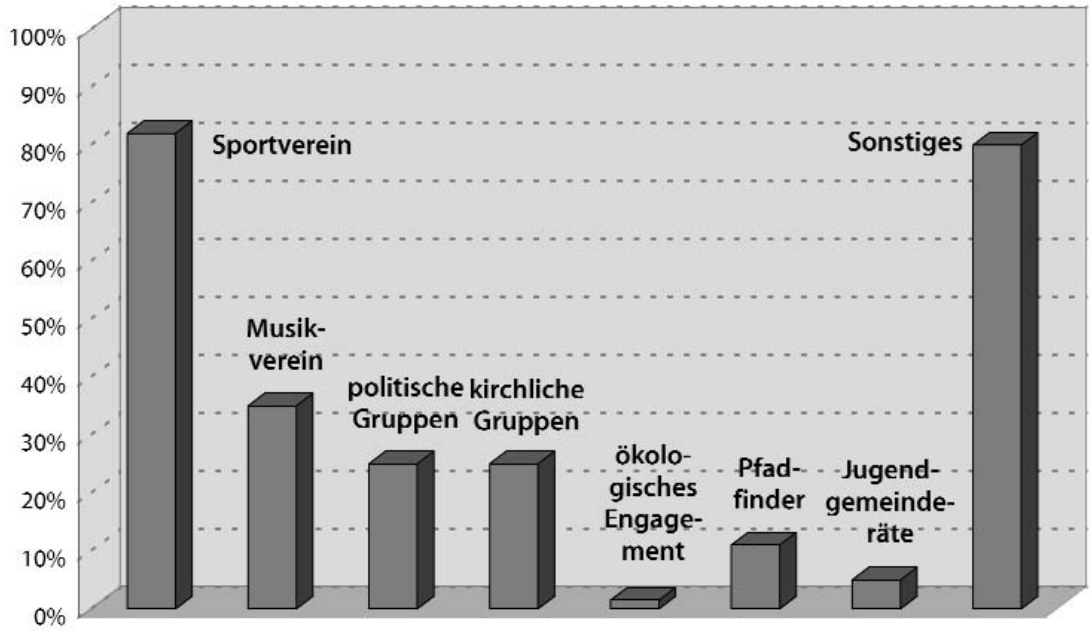
An dieser Stelle möchten wir allen Beteiligten danken, die uns bei der Arbeit an diesem Fragebogen und der Auswertung unterstütz haben.

Ute Burkhardt und Johannes Kimmerle

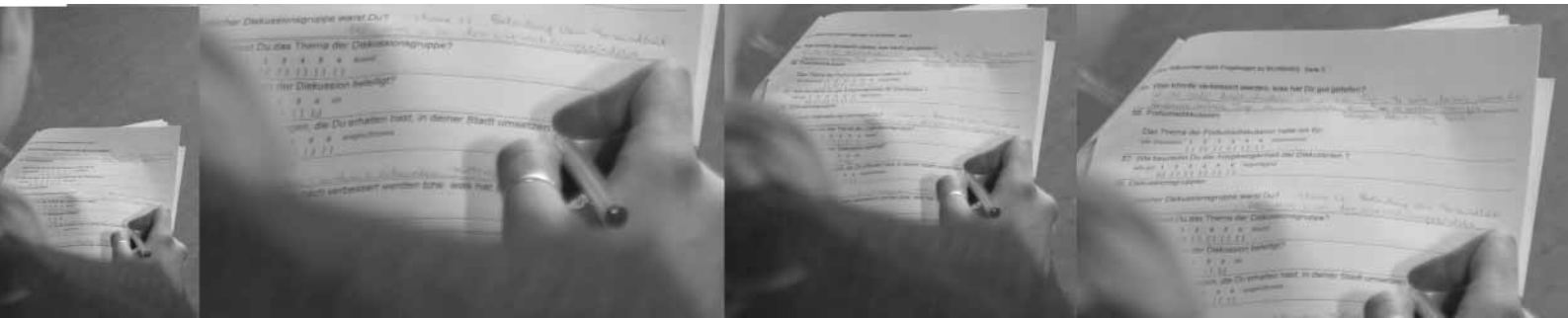
Die Teilnehmer von MUNBW 2003

Diese Zielgruppe von MUNBW 2003 war zwischen 16 und 22 Jahren alt (80,8% der Teilnehmer waren 16 bis 19 Jahre alt, 19,2% waren 20 bis 24 Jahre alt), wobei das Geschlechterverhältnis mit 52,1% paritätisch war, darüber hinaus zeigte sich jedoch die Tendenz, dass mit zunehmendem Alter der männliche Anteil anstieg.

Des Weiteren ergab sich, dass das Engagement der MUNBW-Teilnehemer in ihrer Freizeit sehr groß ist - jedoch nicht im politischen Sinne, was sich auch anhand der geringen Teilnahme an weiteren Planspielen oder Simulationen zeigt (70,1% haben an keinen weiteren teilgenommen).



Freizeitaktivitäten der MUNBW-Teilnehmer



Vor der Konferenz: die Vorbereitung und Betreuung der Teilnehmer

Die Informationen, die den Teilnehemern von MUNBW zur Verfügung gestellt wurden, haben bezüglich Verständlichkeit, Menge und Rechtzeitigkeit insgesamt mit 2,76 abgeschnitten. Sehr viele Delagationen (86,8 Prozent) haben sich dabei gemeinsam vorbereitet, die Zusammenarbeit wurde mit 2,35 bewertet. Von 33,3% der Teilnehmer wurde das Internet für Recherchen benutzt, darüber hinaus wurden Bücher als häufigste Quelle mit 20,2% herangezogen.

Insgesamt wurden 22,4% der Delegierten gesponsert; d.h. vor allem Kleidung, Teilnehmerbeitrag sowie Fahrtkosten - insbesondere bei ausländischen Delegationen.

Die Betreuung vor der Konferenz bewerteten die Teilnehmer im allgemeinen sowie im organisatorischen Bereich mit 2,8 - ähnlich auch die Homepage von MUNBW mit 2,7. Verbesserungswürdig waren hierbei die Aktualität, die Links zu den Themen, die unübersichtliche Struktur sowie die Länderpräsentationen, die zwar insgesamt positiv bewertet wurden, allerdings zu spät veröffentlicht wurden. Auch ein Forum wurde für wünschenswert erachtet.

Auf der Konferenz: Gemeinsame Arbeit und Umfeld

Die Konferenzpresse schnitt insgesamt mit 2,9 ab. Allerdings wurde die Arbeit der beiden Zeitungsteams mit 4,2 als nur wenig hilfreich für die Delegiertenarbeit betrachtet. Der Dresscode erfreute sich großer Beliebtheit bei den Delegierten und erhielt die Note 1,8.

Die Betreuung während der Konferenz schnitt im Großen und Ganzen positiv ab: Man fand fast immer einen Ansprechpartner (Note 2,0), der Kom-Service wurde herausragend mit 1,5 bewertet und auch die technische Ausstattung der Konfernzräume (2,3) und der Rezeptionsservice (2,6) wurden positiv aufgenommen. Für verbesserungswürdig hielten die Delegierten die Übernachtungsmöglichkeit (2,6), die Ausschilderung der Örtlichkeiten (3,1) und den Transport zu den Veranstaltungen (2,8); aber auch im Bereich des leiblichen Wohls können Verbesserungen vorgenommen werden (2,9).

Die Gemeinsame Ausschussarbeit[1] stieß insgesamt auf eine sehr zufriedenstellende Resonanz; beispielsweise wurden die Diskussionen im Ausschuss mit 2,2 bewertet, die Ergebnisse in Form von Resolutionen mit 2,3 und die Arbeit der Chairs mit 1,8.

[1] *Es muss angemerkt werden, dass in dieser Kategorie die Bewertung der Ausschussarbeit der **Sonderkomission Klima und Umwelt**, der **Projektgruppe Reformen** sowie der **Generalversammlung** aus organisatorischen Schwierigkeiten nicht miteinfließen konnten, wir bitten dies bei der Betrachtung der Auswertung zu berücksichtigen.*

Das Rahmenprogramm

Hinsichtlich der Podiumsdiskssion schienen die Delegierten kritischer: Das Thema der Podiumsdisskussion erreichte einen Wert von 2,8 - darüber hinaus wurde die Ausgewogenheit der Diskutanten mit 3,0 bewertet. Die Themen der Diskussionsgruppen erreichten mit 2,1 einen durchaus positiven Wert; hinsichtlich der Frage, inwieweit die Ideen und Anregungen von den Teilnehmern selbst umgesetzt werden, schien weniger Optimismus - was sich mit 3,5 niederschlug.

Der Diplomatenball wurde als angenehmer Ausgleich zu den Verhandlungen gesehen und erhielt die Note 1,84.

Was bleibt?

Betrachtet man zunächst einmal den selbsteingeschätzten Lerneffekt der Teilnehmer, so ergibt sich ein beachtliches Ergebnis: Der Lernefekt bezogen auf Institutionen und Entscheidungsprozesse der Vereinten Nationen wird mit 1,6 bewertet, das Wissen über das repräsentierte Land und seine Menschen beurteilten die Delegierten mit 1,8.

Betrachtet man des Weiteren noch den persönlichen Gewinn, dann stellt man fest, dass das gemeinsame Arbeiten und Feiern mit 1,7 und der Versuch, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben, mit 2,5 bewertet wurden.

Sehr erfreulich ist, dass 61,1% der Teilnehmer sehr gerne und immer noch 24,0% gerne wieder bei MUNBW teilnehmen würden.

Stimmen nach der Konferenz

Ich möchte mich bei Euch allen für die wunderschöne Woche bedanken! Nicht nur, dass wir wunderbar in den Gremien zusammengearbeitet haben, auch unser gegenseitiger Umgang und die gemeinsamen Interessen waren für mich eine echte Bereicherung! Weiterhin viel Glück, egal was Ihr sonst noch so im Leben vorhabt!

Hallo liebe Ex-Delegierte, ich möchte dem ganzen Orga-Team meinen herzlichen Dank aussprechen und für die wundervollen letzten Tage bedanken. Im Gegensatz zu einigen anderen Delegierten - siehe Camp Feuerbach - waren wir auch in einem erstklassigen Hotel untergebracht. Und ich denke, die Arbeit in unseren Gremien war ebenfalls sehr produktiv. Und dann noch viele herzliche Grüße an alle Teilnehmer, denn nur durch sie wurden diese Tage zu einem unvergesslichen Erlebnis.

Ich möchte Euch hiermit noch mal sagen, dass es für mich unheimlich tolle, interessante, lustige fünf Tage waren! Ihr wart alle super nett und habt die Sache für mich zu einer mega-genialen UN-Simulation gemacht.

Als ich heute wieder in der Schule war, hab ich den absolut respektvollen und disziplinierten Umgang vermisst ("der ehrenwerte Delegierte...")!

Es war mal wieder sehr beeindruckend, wie wahrheitsgetreu sich die meisten in ihr Land eingearbeitet und es vertreten haben.

ICH WILL ZURÜCK!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Außerdem möchte ich sagen, dass ich jetzt schon die Atmosphäre, die spannenden Debatten und natürlich alle Leute, die ich kennen gelernt habe, sehr vermisse...

Es waren sehr anstrengende Tage (und Nächte :o)), aber es hat sich gelohnt - und wie! Schon allein wegen der vielen netten Leute, die man im Lauf der Konferenz kennen gelernt hat.

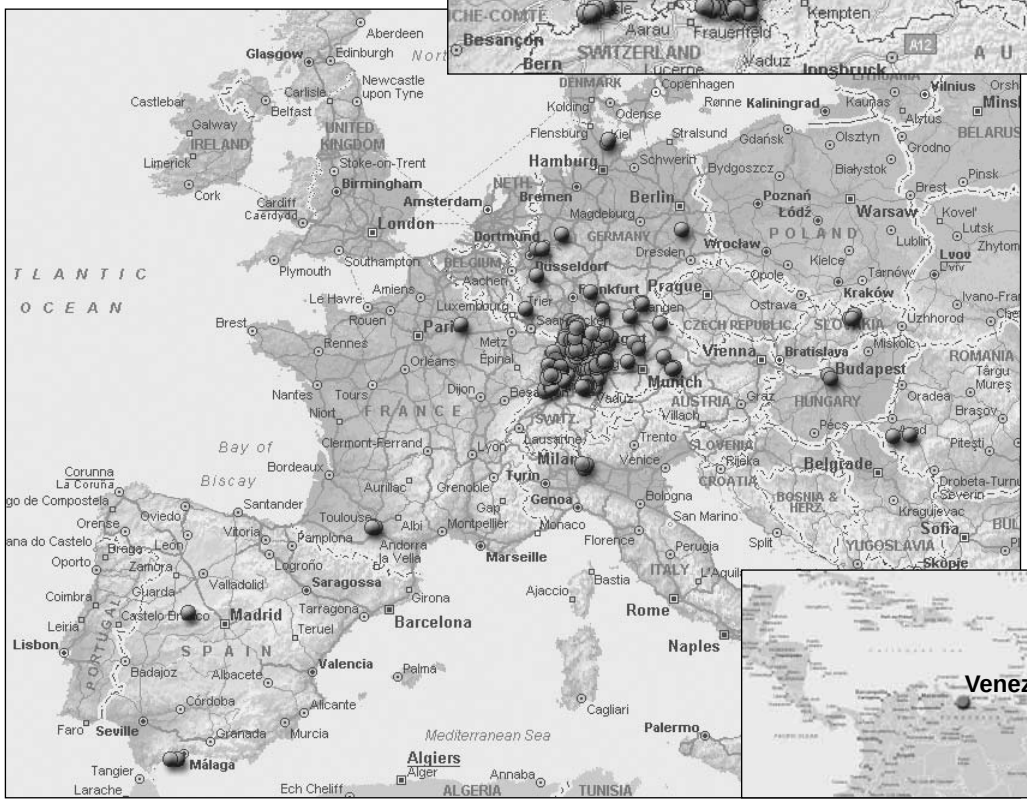
Die Sitzungswoche war einfach nur der Hammer, auch wenn es ein paar Probleme mit den Übernachtungen und den Transportmöglichkeiten gab. Aber wie gesagt, mir hat es wie immer unglaublichen Spaß gemacht, mit euch zu diskutieren und einige von euch näher kennen zu lernen.

…die Klamotten und die Leute die sich alle für das gleiche interessierten… 'ne ganz große Familie!

Vielleicht sieht man sich ja bei MUNBW '04 wieder - ich bin jedenfalls dabei!

(aus Mailingliste und Online-Forum)

MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 ·


Aberdeen
Glasgow
Edinburgh
Newcastle upon Tyne
Carlisle
Castlebar
Belfast
Galway
IRELAND
UNITED KINGDOM
Limerick
Stoke-on-Trent
Birmingham
Cork
Cardiff
Caerdydd
Amsterdam
London
Plymouth
Southampton
Le Havre
Amiens
Rouen
Brest
Rennes
Paris
Orléans
Nantes
Tours
Niort
FRANCE
Bordeaux
Clermont-Ferrand
Bay of Biscay
Corunna
La Coruña
Santander
Oviedo
Orense
Vitoria
Pamplona
Toulouse
Albi
Aurillac
Grenoble
Gap
Montpellier
Monaco
Marseille
Andorra la Vella
Oporto
Braga
Leon
Zamora
Logroño
Saragossa
Valladolid
Coimbra
Guarda
Tarragona
Girona
Barcelona
Madrid
Leiria
Teruel
Lisbon
SPAIN
Valencia
Badajoz
Albacete
Palma
Córdoba
Alicante
Faro
Seville
Granada
Murcia
Mediterranean Sea
Málaga
Tangier
Larache
Algiers
Alger
Annaba
Ech Cheliff
ALGERIA
TUNISIA
Ajaccio
Bastia
Rome
Naples
Cagliari
Palermo
Venice
Bologna
Florence
Perugia
San Marino
Genoa
Milan
Turin
Lyon
Lausanne
Trento
Vienna
Bratislava
Budapest
Munich
Graz
Villach
AUSTRIA
HUNGARY
Prague
Frankfurt
Luxembourg
Trier
Saarbrücken
Dortmund
Düsseldorf
Aachen
BELGIUM
GERMANY
Hamburg
Bremen
Berlin
Magdeburg
Dresden
Copenhagen
DENMARK
Kolding
Odense
Flensburg
Kiel
Stralsund
Schwerin
Rønne
Kaliningrad
Gdańsk
Olsztyn
Bydgoszcz
Poznań
Łódź
Wrocław
Warsaw
POLAND
Kielce
Opole
Ostrava
Kraków
Tarnów
Lublin
Lviv
Kovel'
Lutsk
Zhytom
Vilnius
Kaunas
Alytus
Grodno
Białystok
Brest
Pinsk
BELARUS
CZECH REPUBLIC
SLOVAKIA
Miskolc
Užhorod
Ivano-Fra
ROMANIA
Târgu Mureş
Oradea
Braşov
Pecs
Pitesti
Belgrade
Drobeta-Turnu Severin
Kragujevac
Sofia
YUGOSLAVIA
Skopje
BULG
BOSNIA & HERZ.
CROATIA
Rijeka
SLOVENIA
Split
ITALY
L'Aquila
Pescara
Brindisi
Bari
Catania
Messina
Palermo
Cagliari
Sassari
Ajaccio
Bastia
Marseille
Nice
Toulon
Montpellier
Perpignan
Toulouse
Bordeaux
Nantes
Le Mans
Caen
Rouen
Amiens
Lille
Calais
Dieppe
Le Havre
Cherbourg
Rennes
Brest
Lorient
Saint-Nazaire
Angers
Tours
Orléans
Clermont-Ferrand
Limoges
Poitiers
Niort
Bordeaux
Pau
Bayonne
Biarritz
Toulouse
Albi
Montauban
Carcassonne
Perpignan
Nîmes
Montpellier
Marseille
Toulon
Nice
Cannes
Grenoble
Lyon
Saint-Etienne
Dijon
Besançon
Mulhouse
Strasbourg
Metz
Nancy
Reims
Troyes
Orléans
Tours

MUNBW 2003 · MUNBW 2003 · MUNBW 2003 ·

... der Kom-Service wird umgeschult

Kom-Service in der Menschenrechtskomission

Am Samstag wurden wir noch kurzerhand in den „Brötchen-Service" umfunktioniert. Nun übernahmen wir den Dienst, den andere eifrige Helferinnen an den beiden Sitzungstagen vollbracht hatten. Hierbei kam es dann zu interessanten Kreationen wie Diät-Brötchen oder Gemüse-Burger. Wir hoffen, dass es allen geschmeckt hat!

Nach dieser Umschulung wurde ein noch sehr viel kleinerer Teil in den Dekorations-Service eingearbeitet. Diesem möchte ich hiermit auch noch mal meinen vollen Respekt aussprechen. Bis kurz vor Beginn des krönenden Diplomaten-Balls hatte dieser mit voller Energie den ganzen Saal geschmückt!

Auch für uns, den Kom-Service, war der Diplomaten-Ball etwas Besonderes: Endlich konnten wir auch einmal stressfrei Diplomaten-Luft schnuppern. So kam es dann, dass wir mit für uns „wichtigen" Leuten das Tanzbein schwangen und so mache weiteren Kontakte knüpften.

Dass wir den Delegierten auch im Sinn blieben, merkte man, als man nichts ahnend an einem Tisch voller Delegierten vorbeischlenderte und plötzlich drei Hände in die Luft gerissen wurden mit Zetteln an Mitdelegierte!

Als dann jedoch für uns auch einmal die Zeit kam zu gehen, waren wir froh, aber auch etwas traurig, dass nun schon alles zu Ende sein sollte, wir also wieder in den doch nicht ganz so interessanten Schulalltag wechseln sollten. Doch auch uns bleibt die Vorfreude auf MUNBW 2004: Vielleicht sieht man dort das ein oder andere bekannte Gesicht wieder!

Franziska Zeiner (Kom-Service)

ORGAN: SICHERHEITSRAT

THEMA: KOM-SERVICE

VERFASSER: KOLUMBIEN, MAURITIUS, CHINA, GROSSBRITANNIEN, KAMERUN

DER SICHERHEITSRAT,

feststellend, dass der Kom-Service hervorragende Arbeit leistet;

beobachtend, wie schnell und zuverlässig agiert wird;

betonend die Wichtigkeit dieses Systems;

fest davon überzeugt, dass ohne den Kom-Service ein so reibungsloser Ablauf nie gewährleistet wäre;

1. dankt dem Kom-Service in höchstem Maße;
2. lobt das freiwillige Engagement der Mitarbeiter;
3. freut sich darauf, die Damen des Kom-Service auch auf dem Diplomatenball begrüßen zu dürfen;
4. bedauert sämtliche Blasen, Verletzungen und andere Blessuren, die sich der Dienst auf Botengängen zugezogen hat;
5. schlägt vor, eine Schweigeminute gefolgt von einem heftigen Applaus durchführen zu lassen;
6. beschließt, den Kom-Service auch nächstes Jahr wieder zu nutzen.

MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2003 · DOKUMENTATION

Herausgeber:	MUNBW e.V. · Schöner Graben 23 · 73479 Ellwangen
Beiträge:	Wolfgang Berger, Ute Burkhardt, Daniel F. Heuermann, Matthias Kleinert, Johannes Kimmerle, Klaas Ole Kürtz, Beatrix Massig, Moritz Meidert, Mathias Schallnus, Nico Switek, Patrick Ulrich, Franziska Zeiner
Fotos:	Bastian Wittstock, Matthias Hauck, Matthias Staub, Claudia Gerdts
Redaktion, Layout:	Klaas Ole Kürtz
Redaktionsschluß:	18. Juni 2003
Druck:	Litho- und Scannertechnik GmbH, Kiel (www.ls-kiel.de)
Auflage:	400 Exemplare
Copyright:	Copyright © 2003 MUNBW e.V., alle Rechte vorbehalten.

Model United Nations Baden-Württemberg e.V.

Im Februar 2003 wurde Model United Nations Baden-Württemberg (MUNBW) e.V. gegründet, um die Trägerschaft für die im Jahr 2002 ins Leben gerufene UN-Simulation zu übernehmen und die Organisation dieses Projektes dauerhaft zu erleichtern.

MUNBW e.V. ist ein gemeinnütziger Verein im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung und als solcher berechtigt, Zuwendungsbestätigungen zu erstellen. Der Sitz des Vereins ist Stuttgart.

Der Verein bietet Ihnen die Möglichkeit, die Konferenz und ihre Organisation tatkräftig zu unterstützen: Werden Sie Mitglied bei MUNBW e.V.! Ab 10,- Euro pro Jahr sind Sie dabei und helfen mit, die größte deutschsprachige UN-Simulation zu ermöglichen. Alle Mitglieder erhalten über Newsletter und bei der jährlichen Mitgliederversammlung alle Informationen zu MUNBW aus erster Hand. Natürlich sind Sie als besondere Gäste zu allen Veranstaltungen von MUNBW eingeladen, Sie werden jeweils persönlich von uns benachrichtigt.

Deshalb: **Werden Sie Mitglied bei Model United Nations Baden-Württemberg e.V.!** Im Voraus vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Moritz Meidert (Vorsitzender)

Ja, ich möchte Model United Nations Baden-Württemberg aktiv unterstützen und werde Mitglied bei MUNBW e.V.!

Mein Mitgliedsbeitrag soll ____ Euro (mind. 10 Euro) betragen.

Name, Vorname: _____

Straße, Nummer: _____

PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____

e-Mail: _____

_____

Ort, Datum Unterschrift

Bitte buchen Sie meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ____ Euro (mindestens 10 Euro) von folgendem Konto ab:

Kontonummer: _____

bei Bankinstitut: _____

Bankleitzahl: _____

Kontoinhaber: _____

_____

Ort, Datum Unterschrift

Gewerkschaftshaus Stuttgart
Veranstaltungen am Freitag 04.04.2003
Großer Saal : Model United Nations BA - WÜ 2003
Kleiner Saal : Model United Nations BA - WÜ 2003
Raum 101 : Model United Nations BA - WÜ
Raum 116 : 08.00 Uhr DGB Region Vorstand
Raum 118 : Model United Nations BA - WÜ 2003
Raum 245 : Model United Nations BA - WÜ 2003